

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Presse. 1890-1944 1929**

445 (25.9.1929) Morgenausgabe

# Badische Presse

und  
Neue Badische Presse Handels-Zeitung Badische Landeszeitung

Verbreitetste Zeitung Badens

Karlsruhe, Mittwoch, den 25. September 1929.

Staatsum und Verlag von  
: : Ferdinand Eberhart  
: : Chefredakteur: Stephan Dürbach  
: : Verantwortlich: für deutsche  
: : Politik und Wirtschaftspolitik: R. W. Gagneur;  
: : für auswärtige Politik: R. W. Gagneur;  
: : für badische Politik u. Nachrichten: Dr. G.  
: : Dautler; i. Kommunalpolitik: R. Binder;  
: : für Lokales und Sport: R. Spitzerauer;  
: : f. d. Reichsliste: E. Belaner; für Dier u.  
: : Rousert; Chr. Gertle; für den Handels-  
: : teil: R. Feld; für die Anzeigen: Ludwig  
: : Weimbl; alle in Karlsruhe (Baden).  
: : Berliner Redaktion: Dr. Kurt Metzger.  
: : Fernsprecher: 4050, 4051, 4052, 4053, 4054  
: : Geschäftsstelle: Bittel- und Vamm-  
: :straße 34. Postcheckkonto: Karls-  
: :ruhe Nr. 8850. Beilagen: Volk und  
: : Heimat / Literarische Unionzeitung / Roman-  
: :blatt / Sportblatt / Frauen-Zeitung /  
: : Reise- und Baden-Zeitung / Landwirtschaft-  
: : Gartenbau / Karlsruher Verein-Zeitung

Bezugspreis: drei Monatsstücke 3.20  
R.M. im Voraus im Voraus od. in den  
Sonderheften abgeholt. — R.M. Durch-  
s. Post bezogen monatlich 2.80 R.M.  
Einzelpreise: Wochenausgabe Nummer 10  
Sonntags-Nummer 15 R.M. — Am Ab-  
schluß der Gewalt Streit Auslieferung  
bei der Reichsliste keine Anträge der  
Verpflichteten oder Nicht-Erfüllenden  
bis zum 25. 9. 29. Wts. auf den  
Monats-Bezug annehmen werden  
Anzeigenpreise: Die Nonpareille-Beile  
0.40 R.M. Stellen-Gelände Kommissi-  
on und Gesundheits-Anzeigen aus Baden  
ermäßigter Preis. — Reklame-Beile  
1. — R.M. an erster Stelle 2.50 R.M.  
Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt.  
Bei Nichterhaltung des Beiles bei  
geringerer Verbreitung und bei Kon-  
kurrenz außer Kraft tritt. Erfüllung-  
ort und Gerichtsstand in Karlsruhe

## Die endlose Abrüstungsdebatte: Die einzige Friedensgarantie.

Eine große Rede Lord Robert Cecil's vor dem Völkerbund.  
Die Bedeutung des Kriegsmaterials.

II. Genf, 24. Sept. Die Abrüstungsfrage wurde in der heutigen  
Vollversammlung des Völkerbundes von neuem im Anschluß an den  
Bericht des belgischen Grafen Foullet über die Ergebnisse der  
Verhandlungen in der dritten Kommission aufgerollt. Foullet wies  
darauf hin,

daß die Abrüstungsfrage nur durch gegenseitige Zugestän-  
nisse der Regierungen gelöst werden könne  
und daß der erste Schritt zur Beschränkung der Rüstungen jetzt in  
Angriff genommen werden müsse. Der Völkerbund müsse endlich die  
von ihm übernommenen festeren Verpflichtungen aus dem Art. 8  
des Völkerbundespaktes erfüllen.

Von kühnem Beifall begrüßt hielt sodann Lord Robert  
Cecil eine große Rede, in der er noch einmal den englischen Stand-  
punkt in der Abrüstungsfrage darlegte. Lord Cecil betonte, daß ent-  
scheidende Fortschritte auf dem Gebiete des Schiedsgerichtsgebändens  
sich der allgemeinen Sicherheit zu verzeichnen seien. Die Groß-  
mächte hätten die Schiedsgerichtsstatuten unterzeichnet. Ein Abkom-  
men zum Schutz angegriffener Staaten wäre beschlossen worden. Die  
englische Regierung werde das Abkommen über den Handel mit  
Waffen und Munition unterzeichnen und hoffe, daß andere Regie-  
rungen dem Beispiel folgen werden. Jetzt müsse aber endlich die Ab-  
rüstung in Angriff genommen werden. Die Abrüstung sei der ein-  
zige wirklich wirksame und praktische Weg, um einen Krieg zu ver-  
hüten. Es seien von verschiedenen Seiten sonderbare Gründe bei der  
Vorbringung seines Antrages unterworfen worden, als ob England  
die Abrüstung hinausjögern wolle. Das sei völlig unrichtig. Sein  
Ziel wäre sehr einfach. Er wolle nur die großen Grundzüge unter-  
zeichnen, auf denen die Abrüstung aufgebaut werden müsse. Die Be-  
schränkung der Rüstungen zur Luft, auf dem Lande und auf der  
See gingen eng miteinander zusammen. Er wolle angesichts der viel-  
fachen Unklarheiten und Zweifel feststellen, daß er niemals einen  
allein entscheidenden Wert auf die Frage der Herabsetzung der aus-  
gebildeten Reserven gelegt habe.

Robert Cecil unterließ sodann mit außerordentlichem Nachdruck  
die große Bedeutung des Kriegsmaterials in der modernen  
Kampftchnik.

Der Weltkrieg habe die Kriegstechnik völlig umgestaltet. An die  
Stelle des Menschen sei die Maschine getreten. Wenn man das  
Kriegsmaterial nicht herabsetze, gebe man damit zu, überhaupt nichts  
zu wollen. Die Abrüstung sei nicht nur die Grundlage des Völ-  
kerbundes, sondern eine Angelegenheit, die die öffentliche Meinung  
der ganzen Welt auf das Lebhaftigste bewegte.

Der Abrüstungsgedanke sei bei den Völkern stärker fort-  
geschritten als bei den Regierungen.

Die größten Hoffnungen seien jetzt auf die Abrüstung als einziges  
Mittel zur Verhütung von Kriegen gesetzt. Noch einmal erklärte  
Lord Robert Cecil, wenn man das Kriegsmaterial nicht vermindere,  
müsse man überhaupt auf die Abrüstung verzichten. Cecil schloß mit  
der Erklärung, daß die englische Regierung durch ihn spreche. Die  
englische Regierung richte an den Völkerbund und durch den Völker-  
bund an die Völker der ganzen Welt die Aufforderung, an die Ab-  
rüstung zu schreiben. Beim Verlassen der Tribüne wurde Lord  
Robert Cecil wiederum mit kühnem Beifall begrüßt.

Der Bericht der dritten Kommission mit der Kompromißent-  
scheidung des griechischen Vertreters Politis wurde ohne weitere  
Ausprache angenommen. Die damit von der Völkerbundsversamm-  
lung einstimmig angenommene Entscheidung legt keinen Zeitpunkt  
für die Wiederaufnahme der Verhandlungen der vorbereitenden Ab-  
rüstungskommission fest, betont die Notwendigkeit gegenseitiger Zu-  
geständnisse der Regierungen und beschließt, das gesamte Verhand-  
lungsmaterial dieser Völkerbundstagung der vorbereitenden Ab-  
rüstungskommission zu überweisen.

### Scheitern der Genfer Abrüstungsverhandlungen.

II. Genf, 24. Sept. Die vorbereitende Abrüstungskonferenz  
wird, wie sich jetzt auf Grund der verschiedenen privaten Gespräche  
zwischen den Führern der maßgebenden Abordnungen ergeben hat,  
kaum vor März oder April nächsten Jahres zusammentreten. Ein  
Fortschritt ist bei der diesjährigen Tagung der Völkerbundsver-  
sammlung in der Abrüstungsfrage in keiner Richtung zu verzeichnen.  
Der von der englischen Regierung mit großer Hartnäckigkeit und  
Schärfe vertretene Standpunkt, die Abrüstungsarbeiten des Völker-  
bundes müßten unverzüglich weiter fortgeführt werden, ist  
an dem Widerstand Frankreichs und der den französischen  
Standpunkt vertretenden Mächte gescheitert.

Die englische Regierung hat mit Recht darauf hingewiesen, daß die  
Landabrüstung ebenfalls für Europa in erster Linie entscheidend sei.  
Es sei deshalb sinnlos, den Fortgang der Abrüstungsverhandlungen  
und die Klärung der Landabrüstungsfrage von dem Ergebnis der  
Seeabrüstung abhängig zu machen. Das wurde jedoch von der  
Völkerbundsversammlung abgelehnt.

### Frankreichs Saarprogramm.

Bildung eines beratenden Ausschusses.  
E.S. Paris, 24. Sept. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.)  
Nach einer Meldung von berufener französischer Seite, die im  
„Temps“ wiedergegeben wird, werden im Verlauf des nächsten  
Monats entsprechend dem Übereinkommen zwischen Sirelmann und  
Briand in Paris die Verhandlungen über die Saarfrage be-  
ginnen. Das Programm dieser Verhandlungen umfaßt die vorzeitige  
Regelung der Saarfrage. Die deutsche Delegation ist bereits vor  
einiger Zeit ernannt worden. Inzwischen ist von französischer Seite  
eine Kommission zusammengestellt worden, die sich aus Vertretern  
des französischen Außenministeriums, des Ministeriums für öffent-  
liche Arbeiten, des Handelsministeriums, des Finanz- und des Acker-  
bauministeriums zusammensetzt. Die Kommission hat die Aufgabe,  
die verschiedenen Gesichtspunkte politischer und wirtschaftlicher Art  
des Saarprogramms zu untersuchen und festzustellen, bis zu welchem

Umfang es Gegenstand einer Regelung mit Deutschland sein könnte.  
Mit anderen Worten handelt es sich darum, daß diese Kommission  
ein Programm aufstellt, das von den französischen Vertretern in  
ihren Besprechungen mit der deutschen Delegation vertreten werden  
soll. Die erste Sitzung dieses beratenden Ausschusses ist auf nächsten  
Donnerstag am Quai d'Orsay festgesetzt.  
Zu dieser Auslassung ist zu bemerken,

daß durch die Bildung eines solchen Ausschusses die Saarfrage sehr  
schwierig gestaltet wird,  
denn selbstverständlich werden die Sachverständigen in ihrer großen  
Mehrheit die sogenannten Entschädigungsansprüche Frankreichs für  
die vorzeitige Räumung des Saargebietes außerordentlich in die Höhe  
schrauben und damit einen schnellen Erfolg der Saarverhandlungen  
nur erschweren. Offenbar ist Briand durch die zahlreichen, bereits  
jetzt eingegangenen Interpellationen über die Saarfrage sehr vor-  
sichtig geworden, jedoch er sich vorher bei den interessierten Wirtschafts-  
verbänden orientieren will, um zu wissen, wie weit er Zugeständnisse  
machen kann. Desgleichen muß darauf hingewiesen werden, daß die  
Bildung des Sachverständigenausschusses wahrscheinlich eine neue  
Verzögerung des Verhandlungsbegins bedeutet, denn angesichts  
der vielfachen Interessen französischer Gruppen im Saargebiet kann  
man kaum damit rechnen, daß zu Beginn des Monats bereits, wie  
von deutscher Seite erwartet worden ist, die Verhandlungen begin-  
nen können.

### Rußland nützt die Situation aus:

## Ein Ultimatum an China.

Rußland droht mit der Besetzung der ganzen Ostbahn.

O. London, 24. Sept. Die „Times“ berichtet aus Shanghai,  
daß der russische stellvertretende Kommissar des Neuhärens, Kara-  
chan, eine Warnung an die chinesischen Behörden in Mukden ge-  
sandt habe, in der Rußland drohe,

die ganze Eisenbahn in Besitz zu nehmen, falls China nicht  
binnen dreier Wochen den russischen Forderungen entspreche.

In informierten chinesischen Kreisen glaube man, daß es schließlich  
doch zu einer direkten Vereinbarung zwischen Rußland und Rußland  
kommen werde, nötigenfalls über den Kopf der Nanjingregierung  
hinweg.

### Aufstand auch in Turkestan?

II. Peking, 24. Sept. Das Oberste Gericht der chinesischen Re-  
publik hat gegen den Führer der Aufständischen in der Provinz  
Hupe, General Tschangfa-twei einen Steckbrief erlassen, in dem  
auf den Kopf des Generals eine Belohnung von 15 000 chinesischen  
Dollars ausgesetzt wird. Tschangfa-twei ist vom Obersten Gericht  
wegen Hochverrats in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden.

### Berlins Einladung an den „Graf Zeppelin“.

\* Berlin, 24. Sept. (Zuspruch.) Der Reichsverkehrsminister  
hat namens der Reichsregierung, der preussischen Staatsregierung  
und der Stadt Berlin Dr. C. C. C. Dr. D. D. Dr. M. M. Dr. N. N. Dr. O. O.  
und die Besatzung des Luftschiffes „Graf Zeppelin“ eingeladen, mit  
dem Luftschiff am 6. oder vielleicht am 5. und 6. Oktober nach Berlin  
zu kommen. Beabsichtigt ist ein gemeinsames Frühstück, veranstaltet  
vom Reichs- und Staatsministerium, wahrscheinlich bei Kroll, sowie  
ein Empfang durch die Stadt Berlin. Der Empfang des Luft-  
schiffes in Staaten wird von der Stadt Berlin veranstaltet. Das  
Luftschiff wird durch den Reichsverkehrsminister, den preussischen  
Handelsminister und den Oberbürgermeister von Berlin mit kurzen  
Ansprachen begrüßt werden. Die Besatzung wird im „Kaiserhof“  
untergebracht werden.

### Eine Ortschaft niedergebrannt.

II. Linz, 24. Sept. Am Montag wurde die Ortschaft Hadstod  
im Mühlviertel von einem schweren Brandunglück heimgesucht. In  
dem Anwesen des Landwirts Heiligenbrunner an der nord-  
westlichen Seite des Dorfes brach plötzlich Feuer aus, das fast die  
ganze Ortschaft in Schutt und Asche legte.

Elf Häuser sind ein Raub der Flammen geworden.  
Die Scheunen waren mit Heu und Getreidevorräten gefüllt. Auch  
das Schulgebäude und eine Kapelle sind eingeäschert worden. Der  
Landwirt Heiligenbrunner wurde bei den Rettungsarbeiten so  
schwer verletzt, daß er ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte.  
Als Brandursache vermutet man Fahrlässigkeit.

### Ein Flugzeugwrack angeklommen.

E.S. Paris, 24. Sept. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.)  
Aus Casablanca wird gemeldet, daß nunmehr das Wrack des kürzlich  
über dem Meer abgestürzten Kursflugzeuges Toulouse-Casablanca  
an der Küste angeklommen ist. Das Wrack wurde von der Küstenwache  
aufgehoben.

### Der Reichskommissar bleibt in Koblenz?

II. Wiesbaden, 24. Sept. Die Rheinlandkommission wird am  
15. November von Koblenz nach Wiesbaden überföhrten. Es sollen  
ihr dann noch etwa 40 Franzosen, 10 bis 12 Belgier und etwa 5  
Engländer angehören. Die sog. Ehrenwache soll von den zurzeit  
schon hierliegenden Franzosen übernommen werden.

Sehr wahrscheinlich wird der Reichskommissar für die besetzten  
Gebiete seinen Amtssitz in Koblenz behalten, weil, wie es heißt, ihm  
die Reichsregierung aus Sparmaßregeln während der noch  
kurzen Zeit des Bestehens der Rheinlandkommission in Wiesbaden  
keine Wohnung zur Verfügung stellen will. Im besetzten Gebiet  
wird diese Sparmaßnahme kritisiert, weil ein Reichskommissar für  
die besetzten Gebiete auch in dem heimgekehrten Landesteil wohnen  
müsse.

### Vor der Räumung von Ehrenbreitstein.

\* Berlin, 24. Sept. (Zuspruch.) Amtlich wird mitgeteilt:  
Das französische Oberkommando in Mainz hat mitgeteilt, daß Ehren-  
breitstein spätestens am 30. November geräumt sein werde. Damit  
ist am 1. Dezember die zweite Zone der Besatzung frei. Das  
Ordnungssystem hat damit für diese Zone seine Geltung verloren  
und die deutsche Souveränität ist wiederhergestellt.

### Keine Luftfahrbeschränkungen im besetzten Gebiet mehr.

× Berlin, 24. Sept. (Zuspruch.) Die Botschafterkonferenz hat  
auf Initiative der Besatzungsmächte die Beschränkungen für das  
Ueberfliegen des besetzten Gebietes durch deutsche Zivilflieger auf-  
gehoben.

### 30 Tote bei einem Zugunglück in Rußland.

\* Berlin, 24. Sept. (Zuspruch.) Wie dem „Sofalanzeiger“  
aus Moskau gemeldet wird, ereignete sich am Dienstag bei Zupewka  
in der Nähe von Kiewka (Weißrußland) ein schweres Eisenbahn-  
unglück. Ein auf der Fahrt nach Moskau befindlicher Personenzug  
entgleiste in voller Fahrt. 30 Personen wurden auf der Stelle ge-  
tötet, 40 mehr oder weniger schwer verletzt. Soweit bisher festgestellt  
werden konnte, befanden sich unter den tödlich Verunglückten keine  
Ausländer. Sechs Wagen des Zuges, die aus Holz bestanden, wurden  
vollständig zertrümmert.

### Baden-Baden Tagungsort? Beginn der Weltbank-Verhandlungen am 3. Oktober

II. Paris, 24. Sept. Der „Intransigeant“ will wissen, daß an-  
gesichts der Bestrebungen der Finanzkreise, den Sitz der Bank für in-  
ternationale Zahlungen nicht in eine Stadt zu verlegen, in der sich  
schon eine der Notenbanken befindet, Basel die größte Aussicht habe,  
Sitz der Bank zu werden. Hingzu komme, daß die geographische Lage  
dieser Stadt besonders günstig sei. In französischen Kreisen rechnet  
man allgemein damit, daß der Organisationsausschuß am 3. Oktober  
in Baden-Baden zusammentreten wird.

### Ein deutscher Nobelpreisträger gestorben.

II. Göttingen, 24. Sept. Der Ordinarius für anorganische  
Chemie an der Universität Göttingen, Professor Dr. Richard Zsig-  
mond, Nobelpreisträger für Chemie des Jahres 1926, ist im  
Alter von 64 Jahren gestorben.  
Professor Zsigmond studierte an der Technischen Hochschule in  
Wien und München und habilitierte sich 1893 an der Technischen  
Hochschule in Prag. Im Jahre 1907 nahm er einen Ruf an die  
Universität Göttingen an.

### Arabischer Ueberfall auf ein Kinderdorf.

II. Jerusalem, 24. Sept. Der Sonderberichterstatter der Tele-  
graphen-Union meldet: In der Nacht zum Dienstag ist das sogen.  
Kinderdorf Kfar Hay Yedim von einer Beduineneinheit über-  
fallen worden. Der einzige Wächter des Dorfes wurde niedergemacht.  
Unmittelbar nach ihrem Eindringen schnitten die Beduinen die Tele-  
phonverbindung ab. Das gesamte Vieh wurde geraubt. Als nach er-  
heblicher Verpötung eine Truppenabteilung heranrückte, waren die  
Beduinen bereits wieder verschwunden.  
Das Kinderdorf wird von ukrainischen Pogromwaisen bewohnt.  
Die Verwaltung des Dorfes liegt zum Teil in den Händen der  
Kinder selbst.

# Die Schicksalsfrage für das Kabinett Müller.

### Um die Arbeitslosenreform.

m. Berlin, 24. Sept. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Die Rückkehr des Reichstanzlers nach Berlin stellt offiziell den Beginn der parlamentarischen Session dar, die sehr stürmisch zu werden verspricht. Begreiflich genug, wenn deshalb Herr Müller an alle seine Ministerkollegen die dringende Bitte hat ergehen lassen, ihren Urlaub jetzt abzubrechen und am Donnerstag in Berlin zu sein, weil in der zweiten Hälfte der Woche Entscheidungen von weittragender Bedeutung fallen müssen.

Es geht um die Reform der Arbeitslosenversicherung, ein sozialpolitisches Problem, das ursprünglich nur einen Ausschnitt aus der großen Umstellung bedeutet, um die wir nicht herum können, das auch als besonderer Teil hätte behandelt werden können, wenn es rechtzeitig in Angriff genommen worden wäre. Aber das ist leider veräußert worden. Wir sind jetzt so weit, daß die Versicherungsreform nicht mehr allein in das Gebiet der Sozialpolitik fällt, sondern eigentlich die politische Frage geworden ist, mit deren Lösung das Kabinett steht und fällt. Die Gegensätze innerhalb der Koalitionsparteien sind ja bekannt. Die Sozialdemokraten wollen keinen Abbau der Leistungen, dafür Erhöhung der Beiträge, die Volkspartei lehnt jede Beitragserhöhung als Belastung der Wirtschaft ab und verlangt deshalb Verminderung der Leistungen. Zentrum und Demokraten stehen in der Mitte, sind aber im Grunde bereit, den Sozialdemokraten nachzugeben.

## Finanzprogramm und Liquidationsgeschädigte.

L. U. Berlin, 24. Sept. Die Arbeitsgemeinschaft für den „Ersatz von Kriegs- und Verdrängungsschäden“ teilt mit: Reichsminister Dr. Curtius hat unter Hervorhebung der Tatsache, daß durch Annahme des Youngplans in den nächsten Jahren jährlich 700 Millionen an Reparationszahlungen erspart werden, in seiner Rundfunkrede vom 5. September 1928 ein Programm für die Verwendung der ersparten Beträge entwickelt. In gleicher Weise hat auch der preussische Finanzminister Dr. Höpfer-Nhoff am 15. d. M. Vorschläge für ein neues Finanzprogramm des Reiches aufgestellt. Entgegen den Erwartungen der Liquidations- und Gewaltgeschädigten ist bei diesen amtlichen Kundgebungen die Aufbesserung der bisher völlig unzulänglichen Entschädigungen ganz übergangen worden. Die Arbeitsgemeinschaft weist auf die ausdrückliche Feststellung des Youngplans hin, daß für die Entlastung des Reiches in Bezug auf seine äußeren Reparationszahlungen die Rücksichtnahme auf seine innere Entschädigungspflicht weitgehend mitbestimmend gewesen ist. Sie erinnert ferner an die vom Reichstag bei Annahme des Kriegsschadenschlußgesetzes gefasste Entschlieung, in der eine Erhöhung der Entschädigung bei Verminderung der Reparationen in Aussicht genommen wurde. Die Arbeitsgemeinschaft betont aufs nachdrücklichste den Anspruch der Geschädigten auf eine angemessene Berücksichtigung ihrer Ansprüche im neuen Finanzprogramm.

## Drama an Bord eines Freiballons?

E. S. Paris, 24. Sept. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Ein französischer Freiballon ist bei Belgrad gelandet und daran anschließend erfolgte eine Ausplünderung der verlassenen Gondel durch die Bevölkerung. Da die leere Gondel Blutspuren trägt, nimmt man an,

daß sich an Bord des Freiballons ein Drama abgespielt hat, dessen Aufklärung schwer möglich sein wird. Der Ballon war am letzten Samstag zusammen mit drei anderen Ballons in St. Cloud bei Paris zu einem Flug um den Mont-Thierville-Seeher ausgeflogen. Die drei anderen Teilnehmer sind am Sonntag und Montag gelandet. Montag nachmittag war man jedoch noch ohne Nachricht von dem vierten Ballon „Goldknopf“. Die letzten Meldungen über den Verbleib des Ballons stammten aus Württemberg. Der Ballon wurde dann offenbar in westlicher Richtung abgetrieben. Man nimmt an, daß es sich bei dem in Südbanien gelandeten Ballon um diesen Freiballon „Goldknopf“ handelt. Vorläufig ist man geneigt anzunehmen, daß der Führer Wagner einen schweren Unfall erlitten hat, auf den die Blutspur zurückzuführen ist. Aber wo ist der Führer selbst?

O. Paris, 24. Sept. Auf der nach Deauville führenden Landstraße, auf der stets ein sehr starker Automobilverkehr herrscht, hat sich gestern bei Chalignes ein schwerer Motorradunfall ereignet. Zwei Motorräder, beide mit je zwei Personen besetzt, stießen in voller Fahrt zusammen. Drei der Motorradfahrer sind ums Leben gekommen, der vierte Motorradfahrer liegt hoffnungslos im Krankenhaus.

## Badischer Kunstverein.

Man hat der diesjährigen Herbst-Ausstellung einen Gesamttitel gegeben, eine Art Motto und Ueberschrift. Sie heißt „Land und Leute an Oberrhein“, wobei man den Begriff Oberrhein bis zum Neckar ausdehnt. Damit tat man im Prinzip etwas ganz Richtiges und Gutes; in der Praxis kam aber ungefahr dasselbe heraus, was auch sonst Karlsruher Kollektiv-Ausstellungen zeigen: Landschaften vom Schwarzwald, Rhein usw. (Bezüglich der „Leute“ half man sich mit einigen Figurendarstellungen und Bildnissen, auf die wir noch zurückkommen.) Ausgeschlossen war also eigentlich von dem Ablehnen nur das Stillleben.

Die Ausstellung als Ganzes ist recht erfreulich, und doch spannt der Titel ganz andere Erwartungen, hinter denen sie schieflich zurückbleibt. Aber sie gibt einen Fingerzeig: Man könnte mit solchen landschaftlichen Zusammenfassungen und Abgrenzungen eine Meister-Ausstellung machen. Dabei würde Thoma den Schwarzwald vertreten, Trübner den Neckar, Schönleber das Schwäbische Land usw. So wie der Fall jetzt liegt, hat doch nur jeder der Aussteller das gefasste, was er von seinen fertigen Arbeiten mit der Gesamttendenz verbinden konnte, wobei es erlaubt war, im Titel ein bißchen nachzuhelfen. Das Resultat von sieben Dutzend Malern mit etwa fünfzehn Arbeiten erlaubt es dem Berichterstatter nicht, alles namhaft zu machen. Er greift heraus:

Im großen Saal überragt das Bild von Erich Krause „Zwei Badende“ (mit dem Passierstein „Am Bodensee“) weit die zahlreichen Wandmalerei ringsum und zwar trotz einiger genialischen Unbedürfnisse. Es ist in Komposition und Farbe ein Wurf, der von Kraft und Können zeugt. Ihm gegenüber hängt ein Hausen „Häuser und Gärten im Winter“, dem eine starke Impression eignet. Dazu gesellt sich in ebenso pathetischer Eindringlichkeit W. Schnarrenberger, der sowohl in dem plakatartigen Naturtrieb als in der scheinbar sachlichen Hügel- und Talandschaft mit sicherer Beherrschung von Stimmungsmitteln arbeitet und so die drohende Kuchternheit glücklich bannet. In der Größe des äußeren Formats nähert sich diesen drei Schlageren (im guten Sinn) Adolf Ullrich mit einem Bild auf Vreisach und einem anderen auf den Oberthorn bei Laufenburg, in denen seine Liebe zum Detail sich gültig tut. Die drei Brüder Henselmann, ein begabtes Kleblatt, stellen drei Studien des Rheinstromes ab, jeder mit einem anderen Charakter (Maler und Rhein); Gustav Henselmann holt in starkem Gegensatz von grün und rot Siedingen heraus, Albert in ganz hellen Silberbuchstaben ein Stück vom Mannheimer Hafen und dazwischen in geschmackvoller Koloristik Willi Henselmann eine Partie bei Marzau. — Liebe ruhige Flussbilder von träumerischer Luft überhaucht, in Stille getaucht, schufen S. Hausmann, Hans Schöpflin, R. Dussault und andere. Den Irubelnden Oberrhein mit seinen gletschergrünen Fluten wählten sich A. Kiedel, H. Benneisen und Guido Schreiber in seinen Aquarellen. Daß der Rhein bei Rappenswörz gute Motive bietet, ist jedem klar, der einmal im Strandbad war. W.

## Ein verunglückter Empfang. Die Ankunft des Berliner Oberbürgermeisters in Newyork.

m. Berlin, 24. Sept. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Der Berliner Oberbürgermeister Böhm ist bekanntlich mit einer größeren Delegation zum Studium der kommunalen Verhältnisse Newyorks und anderer amerikanischer Städte auf dem deutschen Dampfer „Berlin“ nach Amerika gefahren. Der dort vorgesehene Empfang hat sich allerdings nicht ganz so abgepielt, wie er vorgesehen war. Der städtische Dampfer „Macom“ sollte mit einer eigenen Empfangsdeputation dem Dampfer „Berlin“ bis zur Quarantänestation entgegenfahren und dort den Oberbürgermeister mit Begleitung an Bord nehmen.

Die Fahrt in die Stadt war dann als ein Triumphzug gedacht. Es ist dann aber anders gekommen. Der Führer der Empfangsdeputation hatte noch eine andere offizielle Pflicht, er mußte nämlich die Leiche eines verstorbenen Zionistenführers von Bord unserer alten „Vaterland“, jetzt unter dem

Namen „Devasthan“ fahrend, einholen. Er hatte sich darüber verspätet und obwohl die „Macom“ zuletzt ohne ihren Führer abfuhr, erreichte sie doch den Dampfer „Berlin“ nicht mehr, der trotz an ihr vorbeifahren und längst angelegt hatte, als die Deputation dort endlich eintraf. Sie gab sich dann große Mühe, den Oberbürgermeister mit Begleitung aus den Fängen der Zollverwaltung zu befreien, wobei sie um ein Haar aus dem Zollschuppen hinausgeworfen worden wäre.

Nun ergab sich aber wieder, daß die für einen solchen Empfang unvermeidlichen Staatsautomobile an einer ganz anderen Stelle standen.

Statt dessen kam das große Heer der Photographen angerückt, die sehr entrüstet waren, daß ihnen der feierliche Augenblick des Empfangs entgangen war. Infolgedessen mußte Herr Böhm zwangsweise noch einmal zum Schiff zurück, um einen nachträglichen Empfang für die Photographen künstlich zu stellen und dann durften die stark ernüchterten Gäste in ganz gewöhnlichen Tagen endlich ihre Hotelzimmer aufsuchen, während Oberbürgermeister Walker einen Bußanfall nach dem anderen wegen des verunglückten Empfangs bekam.

# Die deutsch-französische Privatdiplomatie: Reehbergs Bündnisplan.

### Der Hauptgegenstand der deutsch-französischen Abmachungen sollte ein weitgehendes Militärbündnis sein.

X. Berlin, 24. Sept. (Funkpruch.) Herr Arnold Reehberg teilt die konkreten Bedingungen einer deutsch-französischen Einigung, die den seit längerer Zeit laufenden Unterhaltungen zwischen französischen Staatsmännern und ihm zu Grunde gelegt worden seien, mit.

Es heißt darin u. a.: „Deutsch-französische militärische Interessengemeinschaft, Deutschland und Frankreich garantieren sich gegenseitig ihre europäischen Grenzen gegen jeden Angriff seitens einer dritten Macht, es wird ein Verhältnis von fünf zu drei zwischen der französischen und der deutschen Armee festgesetzt, d. h. wenn die französische Armee 500 000 Mann stark ist, solle die deutsche Armee bei gleicher Rekrutierung, Ausrüstung und Bewaffnung wie die der französischen Armee 300 000 Mann stark sein. Es wird ein aus deutschen und französischen Generalen zusammengesetztes, den beiden Armeen, der deutschen und der französischen, übergeordnetes Oberkommando geschaffen. Dieses Oberkommando hat das Recht der Befehlshaber aller deutschen und französischen Truppen und arbeitet die Pläne für die eventuelle gemeinsame Verteidigung der deutschen und der französischen Grenzen aus. Die belgische Armee wird im deutsch-französischen Militärbündnis eingeschlossen. Diese militärischen Bedingungen sind zuerst in einer Unterredung urtriften worden, die ich schon vor Jahren mit dem verstorbenen Marschall Foch gehabt habe. Der Marschall war der Ueberzeugung, daß durch die Verwirklichung eines solchen deutsch-französischen Militärbündnisses jeder deutsch-französische Krieg materiell unmöglich werde und daß damit zugleich der Friede in Europa garantiert sein werde. Für besonders wichtig hielt der Marschall, daß ein solches deutsch-französisches Militärbündnis die deutsch-französischen industriellen Interessengemeinschaften gelockert sei, weil sich daraus seine Unauflöslichkeit ergebe.“

Räumung aller von Frankreich besetzten Gebiete. Die von den Regierungen Deutschlands und Frankreichs bisher unterzeichneten Reparationsregelungen bleiben zunächst bestehen. Änderungen, welche sowohl zum Vorteil Deutschlands als Frankreichs sein würden, sind der gemeinsamen Uebereinkunft zwischen beiden Regierungen vorbehalten.

Polen wird Danzig und den Weichsel-Korridor an Deutschland zurückgegeben. Danzig bleibt freihafen, wobei Deutschland und Frankreich gemeinsam den freien Schiffahrt auf der Weichsel garantieren. Ebenso wird der Hafen von Memel Polen zur Verfügung gestellt. In Oberschlesien wird ohne Aenderung der gegenwärtigen Grenzen deutsch-französische industrielle Interessengemeinschaft geschaffen. Gleichberechtigung der Deutschen in Polen. Als Gegenleistung garantieren Frankreich und Deutschland gemeinsam alle übrigen polnischen Grenzen. Polen wird ebenfalls dem deutsch-französischen Militärbündnis eingeschlossen.

Durch Unterzeichnung dieses Bündnisvertrages werden die Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles, soweit sie sich ausschließlich auf Deutschland und Frankreich resp. auf Deutschland, Frankreich und Belgien beziehen, annulliert. Die durch den Ver-

trager geschaffene deutsch-französische Grenze, sowie die durch den gleichen Vertrag geschaffene deutsch-belgische Grenze bleiben bestehen.

Mit Unterzeichnung dieses Bündnisvertrages gilt die Kriegsschuldfrage als erledigt.

## Klöne über seine Besprechungen.

\* Berlin, 24. Sept. (Funkpruch.) Dr. Klöne teilt gegenüber den amtlichen und halbamtlichen Erklärungen und gegenüber den Ausführungen der Nationalliberalen Correspondenz mit:

1. Ich habe im Herbst 1927 dem Ministerialdirektor Dr. Ritter einen etwa einständigen Bericht über meine bis dahin gepflogenen Unterhaltungen gegeben, nachdem es mir trotz zweitägigem Verlaufe nicht gelungen war, den Herrn Außenministern selbst zu unterrichten.

2. Ich habe im Februar 1928 dem damaligen Dirigenten der Abteilung des Auswärtigen Amtes, Ministerialdirektor von Dietrichsen eingehend über meine Unterhaltungen mit französischen und englischen Staatsmännern und Politikern sowie über die Anregungen, die bei solchen Gelegenheiten an mich herangetragen wurden, unterrichtet.

3. Ich habe am 26. April 1928 dem Staatssekretär von Schuberth Inhalt meiner Unterhaltungen vom Vortage mit zwei französischen Politikern bekanntgegeben. Dieser Bericht enthielt keine Empfehlung der wiedergegebenen Vorschläge zur Kriegsschuldfrage, im Gegenteil, ich machte vielmehr auf verschiedene Bedenken aufmerksam. Dabei konnte ich zu meiner Genugtuung feststellen, daß sich der Herr Staatssekretär meiner Auffassung völlig anschloß. (gez. Dr. Klöne.)

## Tages-Anzeiger.

(Näheres siehe im Inseratenteil.)

Mittwoch, den 25. September.

- Vandelltheater: Dreyfus und Gurdoff, 20-224 Ubr.
- Colosseum: Galspiel „Komm zu mir“, 8 Ubr.
- Eintrachtclub: A. und B. Schiedsabend des Schiedsrichters Genossen, 8 Ubr.
- Sans-Frauenbund: Tee-Rachmittag mit musikal. Darbietungen in der Glashalle des Stadtgartens, 4 Ubr.
- Novad-Saal: Groß-Buppenpiele „Die drei Wünsche“, 5 Ubr.
- Kaffeehaus: Großes Sonder-Konzert, 4 Ubr.
- Spiel-Haus: Sings. Sings. Abend, 8 Ubr.
- Kaffeehaus: Nachmittagsvortrag, neue Künstler.
- Kaffee-Hof, Wiener Hof: Tanz.
- Kaffee Grüner Baum: Sings. Abend mit Konzert.
- Kaffee Bräuhaus: Gemütl. Abend, 8 Ubr.
- Wendebühne: Götter-Parade, 1. und 2. Teil.
- Union-Theater: Welt-Auflösung.
- Viktoria-Theater: Fort und Satagen als Filmabend. — Der Befehl zur Ehe.
- Kammer-Theater: Verdun, das Gedendium zweier Vöcker.
- Central-Theater: Die Carmen von St. Pauli. — Der Mann im Feuer.

Hemping hat sich dort zu einem flehlichen Idyll anregen lassen, ehe der Umbau begonnen war, während Leo Fallex schon in die Arbeitsepoche versetzt.

Erwähnen wir noch die Bodensee-Bilder: Heinrich Lotte mit seinem schon aufgebauten Meersburg und der Pappelallee von der Reichenau; Franziska Hüblich mit ihrer stillen Mondnacht, Werner Böhl, der uns einen freundlichen Blick auf die Mainau befehrt. Erwin Pfeffeler, an dessen Gestalt der See lächelt und zum Bade lädt, — so soll damit nur angedeutet werden, daß auch hier die übliche Ausbeute nicht fehlt.

Bei den Bildern, zu denen der Schwarzwald die Anregungen lieferte, stellt sich neben die gewohnten Erscheinungen ein neuer Name, der die Augen auf sich lenkt: Matthias Heß, von dem wir treffliche Holzschnitze kennen, bringt zwei eigenwüchige Bilder von der Alb im südlichen Schwarzwald. Hier vereinigen sich Größe und Naivität der Anschauung zu einem bewundernden Eindruck. Wie er auf dem einen Bild den schlanken Bauernknaben so selbstverständig hinstellt und ihn doch zu einer Art allegorischer Figur steigert, das scheint mir Tendenzen von Thoma und Babberger glücklich zu verankern. Noch überwiegt die zeichnerische Anschauung mit ihren Mitteln die materielle, aber es entsteht eine Einheit von selbständiger Haltung. Etwas Ähnliches will auch Helmut Eichrodt, der ein großes dekoratives Gemälde „Hirtin und Hirtin“ mit Kühen gemalt hat, geschieht in der Anordnung und voll idyllischer Stimmung.

Zu den farbig stärksten Erscheinungen zählt die winterliche Hardtwaldsiedlung mit den Kiefern und den zwei roten Dächern von Erich W. Schröder. Bedeutend in seiner formalen Haltung ist Th. Schindlers Bild durch die schlanken Stämme hinaus ins Grüne. Th. Buz malte die sanften Kuppen der hohen Berge bei Wildtal (Weisgau); A. Brucher den Turmberg im Frühling, P. Schill in den Feldern, C. Wode das romantische Vreisach, Heinrich Bühler den Schluchsee, Aug. Kutterer die Landschaft bei Ettligenweier, W. Hüfmeier Kühe im Altwasser, S. Baumelker das Partior im Karlsruher Schlossgarten (Aquarell von verblühender technischer Vollendung), Hans Schröder den versteinerten Trüberger Wasserfall etwas starr und farblos in grau, schwarz und grünlich. Und so weiter.

So weit das Land an Oberrhein. Es kommen nun die Leute. Fr. Kinkel mit einer Schwarzwälderin am Spinnrad, E. Seelos mit einem Bauern am Tisch im Herrgottswinkel und Martha Kropp mit einem alten Schuster an seinem Werkisch vertreten als einzige das Genrehafte dieser Abteilung. I. Rehbolz gibt mit seiner Frau im Steirubach eine eindringliche soziale Darstellung und Hermann Baumelker mit der Seiftenarbeitergruppe eine Volksszene. Alles andere aber fällt ins Gebiet des Porträts, und zwar sind es meist bekannte Vertreter unserer badischen Bevölkerung; freilich sind nicht alles gebürtige Oberrheiner, z. B. greift Aug. Gebhard über diesen Rahmen hinaus. Zwei Dichter greifen uns: Albert Geiger von Hermann Bauz gemalt und Alfred Wombers' feiner und schmaler Kopf von Clara Fogel-Gutmann gut erfasst und angelegt; zwei unserer ehemaligen

Minister: Ludwig Haas im Talar von Th. Buz und W. Hellpach farbig nuanciert von Lulu Wolff-Darmstädter. Prof. Lindeber malte ein paar Studienköpfe.

Die Plastik muß sich gleichfalls auf Bildnisse beschränken (und hier zeigt sich die Einengung durch das Thema der Gesamtausstellung an zwanghaftesten). Otto Feist schuf ein Relief des Komponisten Konradin Kreuzer, W. Kollmar die Köpfe von Vina Sommer und vom Bellemier Feiner, S. Förz die Maler Gebhard und W. Leonhard und O. Studinger eine Holzstatuette des stehenden Hansjakob mit seinem charakteristischen Schlapphut.

Die Graphik — abgesehen von Aquarellen — scheid für diesmal aus. Immerhin sei noch einmal angemerkt, daß die Wahl eines Themas für die Herbstausstellung ihre guten Seiten hat, wenn es auch nicht an Schwächen fehlt. Hält man sich an das Positive und baut es geschickt aus, so ist ein Weg gewiesen, der fruchtbar werden kann. W. E. O.

Kammermusik-Abend des Züricher Streichquartetts. Die Reihe der Kammermusik-Abende, die uns, wie in vergangenen Jahren, wieder die bedeutendsten Quartette bringen werden, eröffnete das bisher in Karlsruhe unbekanntes Züricher Streichquartett, eine Vereinigung, die in ihrer künstlerischen Individualität fest umrissen erscheint. Ihr spezifisches Kennzeichen ist ein klares, klarpräzises Spiel. Sie begannen mit dem Es-Dur-Quartett von Max Reger, das als Finale eine meisterhaft aufgebauete Doppelseite bringt, und fügten als weiteres Hauptwerk des Abends das wenig gespielte C-Moll-Quartett von Johannes Brahms an, schwer eingängliche Musik, thematisch verflochten, spröde und herb in den Außenflächen, elegisch resignierend in der Romane und im dritten Satz. Joseph Haydn, der mit seinem musikalischen Es-Dur-Quartett den Schluss machte, ist gegen Reger und Brahms im Ausdruck offener, für den weniger vorbereiteten Hörer auch klarer, einfacher; er bringt keine Klaviertechnik wie Reger, keine kunstvollen Verwebungen wie Brahms; die von der ersten Violine vorgelegte, von den weiteren Instrumenten pizzicato begleitete Serenade ist wohl das schönste daraus; denn das Menuett mutet etwas altwäuerlich an, und das Rondo fällt ab. Die Herren Wilhelm de Boers, mit einer herrlich klingenden Stradivarius, Hermann Schroeder, Paul Fiedel und Fritz Reich verhielten sich auf ein warmes Musikanten, auf ein distretes und disziplinierendes, durch langjährige Zusammenarbeit ausgeglichenes Ensemble-Spiel, in dem jede Stimme in echt kammermusikalischen Sinne im Dienste des Ganzen wirkt. Bei Reger fielen zunächst der hohle, näselnde Ton der Bratsche und der „Druck“ auf den Klang des Cellos aus dem Gewebe der Stimmen, im Verlaufe des ersten Satzes kam es aber doch zu einer Geschlossenheit, zu einer feierlichen und geistigen Ausdrucksverbindung, die sich auch bei Brahms, der mit Formgefühl und Verständnis für die inneren Bindungen geboten wurde, einstellte. Für reiche Beifallsbezeugungen konnten die Künstler, die man gerne wieder begrüßen wird, mit der Wiederholung der Serenade von Haydn danken.

Der Badische Giroverband im neuen Heim.

Der Badische Sparfassen- und Giroverband hat sein neues Heim in der Augusta-Anlage in Mannheim bezogen. Aus diesem Anlaß fand eine feierliche Feier statt, an der Innenminister Dr. Kemmerle, Oberbürgermeister Dr. Heimerich, sowie hervorragende Vertreter unseres kommerziellen und Wirtschaftslebens teilnahmen.

Zweite Hauptversammlung des Deutschen Vereins für Schulgesundheitspflege.

Mannheim, 22. Sept. Im weiteren Verlaufe der zweiten Hauptversammlung des Vereins für Schulgesundheitspflege überbrachte zunächst Stadtschulrat Vohrer Mannheim den Dank des früheren Stadtschulrats Geh. Rat Dr. Sickingen, den Schöpfer des Mannheimer Schulsystems an den Mannheimer Stadtschulrat Dr. Stephan anlässlich dessen 25-jährigen Berufsjubiläums.

Als Abschluß des zweiten Verhandlungstages gab der Leiter der Mannheimer Schulärztsstelle, Medizinalrat Dr. Stephan, einen kurzen Ueberblick über die Tätigkeit der vor 25 Jahren geschaffenen Stelle, die beispielgebend für die gesamte Entwicklung des Schulgesundheitswesens in Deutschland überhaupt geworden ist.

Am Nachmittag unternahmen die Teilnehmer eine Rheinfahrt. Die nächstjährige Tagung des Vereins wird in Dresden stattfinden.

Eppingen, 22. Sept. (Verkehrsverein.) Eppingen hat jetzt auch seinen Verkehrsverein! Am Samstagabend im Schwannensaal wurde Geburt und Taufe vollzogen. Eine engere Kommission hatte alles Nötige, Ziele, Statuten usw. des Vereins, aufs beste vorbereitet, und die größere Versammlung Eppinger Bürgerchaft, der die Sache vorgelegt wurde, bejahte einmütig die Notwendigkeit und den großen Wert der Neugründung eines Verkehrsvereins.

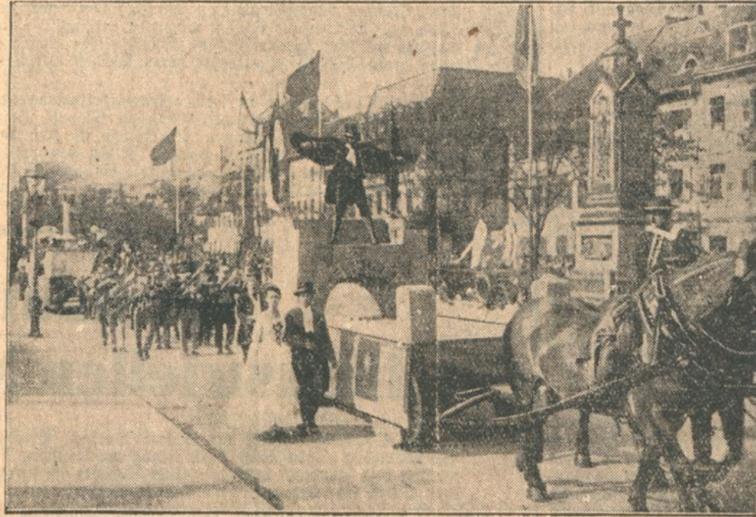
Durlach, 24. Sept. (Die freitragenden Hausgenossen.) In der Nacht zum Sonntag wurde ein Bädermeister in Durlach gegen einen Hausgenossen nach vorausgegangenem Wortwechsel tödlich. Dabei stieß er ihn vermulich gegen ein Fenster im Treppenhaus, wobei sich der Angegriffene drei blutende Schnittwunden an Kopf und eine Verletzung des rechten Ohres zuzog.

Worheim, 23. Sept. (Es gibt noch eheliche Leute.) Vor einigen Tagen ließ eine Kaffeehausbesucherin im Waldraum ihre beiden wertvollen Brillantringe liegen. Erst als sie zu Hause angekommen war, merkte sie den Verlust. Sie wandte sich sofort telefonisch an die Polizei, die zur Freude der Verliererin feststellen konnte, daß die beiden Ringe von einem Fräulein dem Inhaber des Kaffeehauses zur Aufbewahrung abgegeben worden waren.

Bruchsal, 24. Sept. Die unter der Ueberschrift „Die Knittlinger Postdiebe seligenommen“ gebrachte Meldung muß dahin berichtigt werden, daß es sich bei den Tätern um Falschdiebe (nicht, wie infolge eines telefonischen Hörfehlers gemeldet, um Postdiebe) handelt.

Wertheimer Michaelismesse.

Wertheim, 23. Sept. Wertheim rüftet eifrig zu seiner am kommenden Sonntag beginnenden Michaelismesse. Seit Jahrhunderten vereint diese Messe die ganze Bevölkerung der weiten Umgebung. In diesem Jahr soll nun, um die alten Zusammenhänge von Baden und Bayern zu betonen, ein heimatisches Trachtenfest gefeiert werden.



38. Hauptversammlung der Schwarzwälder Gastwirtsbesitzer.

Der Verein Schwarzwälder Gastwirtsbesitzer e. V. hält seine 38. Hauptversammlung in Form einer geschlossenen Mitgliedserversammlung am 25. September 1929 auf dem Feldberg ab. Der Hauptversammlung, die etwa um 1 Uhr im Hotel Hebelhof beginnen dürfte, geht am Vormittag 10 Uhr eine Vorstands- und Resolutionsversammlung voraus.

Im Festzuge der Württemberger in Mannheim.

am 22. September, der der 40-jährigen Jubelleier der Vereinigung der Württemberger galt, fand die Gruppe des Schneiders von Ulm besonderen Beifall. (Der Schneider von Ulm, ein tragikomischer Pionier des Menschenfluges, hatte im Jahre 1811 versucht, von einer Ulmer Bastel aus mit riesigen Flügeln die Donau zu überfliegen, war aber klaglich ins Wasser gefallen.)

Unfallchronik.

Herbolzheim (Amt Kenzingen), 23. Sept. (Mit gestohlenem Auto verunglückt.) Gestern Abend hatte ein von hier gebürtiger Lehrling Gelegenheit, von Kenzingen nach Herbolzheim zu fahren. Kurz vor Herbolzheim verlor der Führer die Herrschaft über den Wagen und fuhr auf einen neben dem Wege befindlichen Acker.

Mutter und Kind gehen gemeinsam in den Tod.

Mannheim, 24. Sept. Am Dienstag vormittag gegen 7 Uhr wurde in einem Hause in der Meerfeldstraße im Stadtteil Lindenhof eine junge Mutter mit ihrem dreijährigen Söhnchen tot aufgefunden. Wie wir dazu erfahren, handelt es sich hierbei um die 23 Jahre alte ledige Hausangestellte Luise Steiner u. Die Frau wohnte bei ihren Eltern, zu denen sie in der vergangenen Nacht aus ihrem Arbeitsverhältnis zurückgekehrt war.

Buchen, 23. Sept. (Kirchliche Bräutigamsfeier.) Am gestrigen Sonntag fand die kirchliche Weihe der neuen Mordebriide sowie die Weihe des von Bildhauer Bernhard geschaffenen neuen Bräutigams durch Herrn Stadtpfarrer Blah statt.

Mannheim, 23. Sept. (Familientragödie.) Die 30 Jahre alte Ehefrau eines Tagelöhners, die von ihrem Ehemann schon längere Zeit getrennt lebt, verjuchte sich gestern Abend mit ihren 5 Kindern im Alter von 1-8 Jahren im Keller zu ertränken.

Oberkirch, 23. Sept. (Seltenes Alter.) Dieser Tage konnte wie uns von zufälliger Seite mitgeteilt wird — die älteste Person des ganzen Amtsbezirks Oberkirch den 95. Geburtstag feiern: Witwe Barbara, geb. Börsig, in Tiergarten-Niederlehen.

Kadolfzell, 24. Sept. (Lebensmüde auf den Schienen.) Aus Liebeskummer sprang zwischen Kadolfzell und Markelfingen der ledige Arbeiter Oskar Scheu von Singen, 20 Jahre alt, vor den ausfahrenden Güterzug. Er wurde von der Maschine erfasst, und eine Strecke von mehr als 100 Meter weit geschleift und erlitt schwere Verletzungen.

Billingen, 21. Sept. (Wahl des Bürgermeisterstellvertreters.) In der gestrigen Sitzung des Stadtrats wurde Stadtrat Professor Dr. Albert Göbel als Bürgermeisterstellvertreter gewählt.

Rippenhauhen (A. Ueberlingen), 24. Sept. (Brand.) Gestern Abend gegen 10 Uhr brach im Wohn- und Dekonomiegebäude des Johann Red, der in seinem Hause ein Milchverhandelsgeschäft betreibt, Feuer aus, das sich mit unheimlicher Schnelligkeit auf das zweistöckige Anwesen ausbreitete. Trotzdem die Ortsfeuerwehr und auch die herbeigerufenen Ueberlinger Behr rasch zur Stelle war, brannte das Haus vollständig nieder.

Ueberlingen, 23. Sept. (Die Industrieansiedlung genehmigt.) Der Bezirksrat Ueberlingen hat am Samstag die beiden Gesuche der schweizerisch-amerikanischen Stahlergesellschaft in Girs um die gewerbliche und baupolizeiliche Genehmigung zur Errichtung einer Kunststoffsabrik und um die Verleihung des Wasserbenutzungsrechtes zur Errichtung eines Seerpumpwerkes zur Entnahme von Wasser aus dem Bodensee und einer Abwasserleitung in den See auf der Gemartung Ueberlingen genehmigt.

Rippoldsau, 23. Sept. (Einbruch in die Postagentur.) In der Nacht zum Sonntag wurde in die hiesige Postagentur eingebrochen 1750 Mark (Bargeld und Wertzeichen) erbeutet.

Advertisement for Dunlop tires featuring cartoon characters wearing Dunlop goggles and the slogan 'DUNLOP die Weltmarke! Allen Völkern geläufig durch ihre unbestrittene Bürgschaft für Qualität!'.

# Der Reichsrat in Freiburg.

## Rede des Oberbürgermeisters Dr. Bender

Freiburg, 24. Sept. Zu der Aussprache im alten historischen Rathaus hatten sich nicht nur die Spitzen der staatlichen und städtischen Behörden und der Stadtrat von Freiburg, sondern auch Behördenvertreter und Kommunalvertreter aus den benachbarten Städten und Gemeinden eingefunden. Auch zahlreiche führende Männer der Wirtschaft, der Industrie, des kulturellen Lebens, der Kunst und Wissenschaft hatten sich eingefunden. Der Rathausaal war dicht besetzt. Man sah die Reichsminister Dr. Dietrich und Dr. Wirth, den badischen Staatspräsidenten Dr. Schmitt und Dr. badischen Kultusminister Dr. Lees. Im dem ersten Referat fand

Oberbürgermeister Dr. Bender - Freiburg für die schwierigen Verhältnisse Oberbadens, der Stadt Freiburg

und der übrigen Städte des oberbadischen Landes kräftige Worte. Nach einer kurzen Begrüßung schilderte Oberbürgermeister Bender die Bedeutung der südwestdeutschen Grenze für das deutsche Kulturleben. Er erinnerte daran, daß am Oberrhein drei Städte alter ausgedehnter deutscher Kultur mit einer fast tausendjährigen Geschichte vorhanden seien, Basel, Freiburg und Straßburg. Straßburg, das durch den unglücklichen Ausgang des Krieges für die deutsche Sache verloren sei. Daraus ergibt sich, daß weite Gebiete deutschen Grenzlandes sich von Jahr zu Jahr wirtschaftlich und kulturell immer mehr nach Basel hin orientieren und so unter Einflüsse geraten, die bei der unverkennbar neuerdings vordringenden Macht französischer Einflüsse in dieser schweizerischen Grenzstadt für die Dauer nicht ohne Gefahr sein werden. Als Gegengewicht gegen das kulturelle und wirtschaftliche Gewicht der Stadt Basel bleibt auf deutschem Boden nur die Stadt Freiburg übrig.

### Der Fremdenverkehr des südlichen Schwarzwaldes

wurde früher betrachtet durch den Besuch aus dem elbsässigen Industriegebiet. Die Schranken zur Aufnahme dieser Beziehungen sind noch immer nicht gefallen. Unsere Stadt und die Bevölkerung des badischen Oberlandes ist auf die Einhaltung einer lokalen Ordnung gegenüber den neuen politischen Nachbarn grundsätzlich eingestellt. Sie ist der Ueberzeugung, daß durch eine Politik vertrauensvoller Verständigung beiden Völkern am besten gedient wird. Ein breiter Grenzstreifen von 50 Kilometer Tiefe muß allen militärischen Schutzes entbehren. Die herortragenden Städte dieses Gebietes wie Freiburg, Rastatt, Lahr, Offenburg haben ihre Garnison verloren und dadurch schwere wirtschaftliche Einbußen erlitten. Der Redner erinnerte weiter an den projektierten Grand Canal d'Alsace, der der Schifffahrt auf dem freien Rhein bis Rastatt und Straßburg ein Ende bereiten soll. Einst war die Waldwirtschaft des gesamten Schwarzwaldes eine Quelle des Volkswohlstandes, heute liegt die Wirtschaft schwer darnieder. Wertvolle Abzugsgebiete sind verloren. Die Produktionskosten haben sich gesteigert, und die Konkurrenz der Länder des Ostens hat sich dank der erleichterten Fracht, politisch der Reichsbahn vergrößert. Redner schloß dann

### die Belange der Stadt Freiburg.

ihre Lage und eine umsichtige Verwaltung haben aus ihr eine bevorzugte Wohnstadt und eine Fremdenverkehrsstadt gemacht. Durch die Verluste der Vermögen in der Inflation, die gerade den Pensionär- und Rentnerstand besonders betroffen hat, sind verhältnismäßig große Kreise auf die Unterstützung aus laufenden Mitteln angewiesen. Allerdings hat die Stadt ihre alte Anziehungskraft bewahren können und hat besonders den aus dem Elsass Ausgewiesenen Aufnahme gewährt. Rund 2700 Wohnungen wurden nach dem Kriege neu erbaut. Trotzdem sind noch 2250 Familien dringend wohnberechtigt. Die auf dem Gebiete der Kommunalanleihen bestehende Abzerrung vom ausländischen Kapitalmarkt ist für Freiburg besonders nachteilig, da es schon in Friedenszeiten keine Anleihen auf dem schweizerischen Kapitalmarkt unterzubringen pflegte. Die Fürsorgeleistungen der Stadt sind von 257 248 Mark im Jahre 1913 auf insgesamt 2 570 002 im Jahre 1928 gestiegen. Eine günstige Entwicklung hat in Freiburg und im Schwarzwald der Fremdenverkehr dank seiner zielbewußten Werbung zu verzeichnen.

### Die Hüllentalbahn.

eine der herrlichsten Bahnen Deutschlands, kann nicht richtig zur Geltung kommen, solange der Betrieb so ungenügend organisiert ist. Durchgehende Züge auf dieser West-Ost-Verbindung sind ein dringendes Gebot. Die verkehrsentlegene Lage der Stadt Freiburg macht es auch zur zwingenden Pflicht, neben der Verbesserung des Bahnverkehrs eine zweckentsprechende Umgestaltung des Luftverkehrs zu fördern. Dr. Bender erinnerte an die kulturelle Bedeutung der Stadt Freiburg, an den Bau des neuen Universitätsgebäudes, an den im Gang befindlichen Neubau der Kliniken und an das Stadttheater, für dessen Aufrechterhaltung Freiburg von Jahr zu Jahr schwere Opfer bringe. Gerade das Stadttheater sei der kulturelle Mittelpunkt des Alemannenlandes. „Die Bitte um Hilfe, die wir in unserer bedrängten Lage an die Gesamtheit des deutschen Volkes zu richten dürfen glauben, legen dem Reiche keine zu großen Opfer auf. Ihre Erfüllung ist aber nötig, wenn die Stadt Freiburg hier in der Südwestecke des Deutschen Reiches wieder ein Kraftzentrum deutscher Wirtschaft werden und ein Ausstrahlungspunkt deutscher Kultur bleiben soll.“

Für die Handelskammer Freiburg und die durch sie vertretene Wirtschaft sprach Präsident Kommerzienrat Schuster über die „Grenzlandwirtschaft Oberbadens“. Wir werden auf das Referat noch zurückkommen.

## Rede des Arbeiterführers Abg. Heurich vor dem Reichsrat.

„Die wirtschaftliche Struktur Badens ist in erster Linie durch seine Grenzlandeigenschaften charakterisiert. Ganz naturgemäß haben sich durch die Befehung und durch die Verringerung der Reichsgrenze für das Land Baden große Schäden besonders auch in verkehrspolitischer Hinsicht ergeben, die eine ganze Anzahl von Unternehmungen zum Erliegen brachten.“

Die Ab- und Auswanderungen in Baden sind am größten von allen Ländern Deutschlands.

Die Bevölkerung Badens ist zur Ab- und Auswanderung gezwungen. Die heute in Baden vorhandenen Eisenbahnstrecken entsprechen absolut nicht mehr den modernen Anforderungen. Insbesondere ist das oberbadische Wirtschaftsgebiet, das durch starke Zollmauern gegen die Schweiz und Frankreich abgeschlossen ist, auf gute Verkehrsverhältnisse angewiesen. Man verlangt den Anschluß des Westens an die Hüllentalbahn und das Gebiet St. Gallen an den Oberrhein. Aus sozialpolitischen Gründen wird die Erbauung einer Bahn von Waldsiedlung nach Zettlingen sehr verlangt. Ferner ist die Durchführung der Schwarzwaldbahn durch Fortsetzung der Elztalbahn nach Hausach wünschenswert. Die Elektrifizierung der badischen Hauptbahnen ist der dringende Wunsch der gesamten Bevölkerung. Sie würde für tausende von Arbeitern Verdienstmöglichkeiten geben. Die Eisenbahnbrücken Speyer und Magau sollten endlich einmal in Angriff genommen werden.

Die Fahrpläne müßten eine weitere Verbesserung erfahren. Es sollte für einen stärkeren Verkehr zwischen links und rechtsrheinischem Baden gesorgt werden. Wir Badener werden den Eindruck nicht los, daß unser Nachbarland Württemberg durch einige Reichsstellen, besonders durch die Reichseisenbahnverwaltung, eine bessere Berücksichtigung erfährt wie unser Land. Baden hat auf dem Gebiete des Meliorationswesens große Aufwendungen gemacht. Große Flächen badischen Landes harren aber noch der Kultivierung. Würden die Rheinebenerungen entsumpft, könnten sich tausende badischer Landwirte ansiedeln. Im Schwarzwald könnten große Flächen zu ertragreicheren Weiden kultiviert werden.

Die Erwerbslosigkeit in sogenannten Grenzregionen ist dauernd sehr groß. Besonders betroffen sind die Metall-, Holz- und Zigarrenarbeiter und -Angestellten. Neuerdings ist auch das Textilgewerbe stark in Mitleidenenschaft gezogen. Neben den politischen Unfreiheiten wirkt bei der Zigarrenindustrie die ständige Unsicherheit wegen Verwirklichung des Monopols. Die Tabakindustrie

## Die finanzielle Not der industriellen Mittelstädte Badens.

Die Oberbürgermeister der Städte Durlach, Bruchsal und Weinheim ließen durch Vermittlung der badischen Regierung dem Reichsrat anlässlich seines Besuchs im Grenzland Baden die folgende Denkschrift überreichen:

Unter der Anwendung des derzeitigen Verteilungsschlüssels für die Reichssteuerüberweisungen an die Gemeinden des nollleidenden Grenzlandes Baden leiden die industriellen Mittelstädte Badens in besonderem Maße. Die Not der Großstädte ist in verstärktem Maße die Not dieser Mittelstädte, da die Reichsüberweisungen, gelber den Hauptteil ihrer Gesamteinnahmen überhaup bilden. Die Verteilung der Ueberweisungsgelder nach dem Stand des örtlichen Steueraufkommens ist ein großes Unrecht; hierdurch erhalten Gemeinden mit großem Steueraufkommen und geringer Erwerbslosigkeit verhältnismäßig sehr hohe Beträge überwiegen gegenüber den anderen Gemeinden, deren wirtschaftliche Not gerade durch den Rückgang der örtlichen Steuerkapitalien hervorgerufen ist, je erhalten also, je schlechter es ihnen geht, um so geringere, völlig unzulängliche Ueberweisungen seitens des Reiches. Dieser Zustand ist einfach unerträglich, weil die Folge davon ist, daß von den wirtschaftlich geschwächten Bürgern dieser Gemeinden unerschwinglich hohe Umlagen gefordert werden müssen, die von einem Staatsjahr zu dem anderen steigen und unzulängliche Stunden- und Befreiungsgebühren im Gefolge haben. Letztere müssen zu einem großen Teil Berücksichtigung finden, was wiederum einen stets steigenden Steuerausfall von 20-30 v. H. der Gesamteinnahmen ausmacht. Sinzu kommt, daß die Erwerbslosenziffer der Reichsanzahl für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung nur einen Bruchteil der tatsächlichen Arbeitslosen in den Gemeinden erfasst, da alle Ausgesteuerten den Gemeinden zur Last fallen. Mit Nichtanerkennung dürfen nach den hierfür gesetzlich maßgebenden Bestimmungen ausgesteuerte Erwerbslose nur dann beschäftigt werden, wenn die Gemeinde pro Arbeitstag einen Zuschuß von 3 RM. leistet. Durch diese Bestimmung ist die Beschäftigung von Erwerbslosen fast völlig wertlos geworden. Die nollleidenden Gemeinden sind gezwungen, entweder Arbeitslosigkeit mit hohem Kostenanfall für die ausgesteuerten Erwerbslosen zu schaffen, oder dieselben, wie es in den meisten Fällen geschehen muß, in Fürsorge zu nehmen. In den nollleidenden Industrieorten Durlach, Bruchsal und Weinheim z. B. wird die gesamte Umlage, welche demnach eine Höhe von 120-130 v. H. des Steuerwerts vom Grundvermögen erreichen wird, rein für Fürsorgezwecke aufgewendet. Mit den Reichsmitteln müssen die Ausgaben für Gemeindeverwaltung, Polizei, Schule, Straßen und sonstige Gemeindeaufgaben bestritten werden. Die meisten Ausgaben können entweder nicht, oder nur in äußerst bescheidenem, stark begrenztem Umfang von der Gemeinde ausgeführt werden, wodurch die allgemeine Not unter den Erwerbslosen, den Gewerbetreibenden und dem größten Teil der Bürgerschaft erheblich gesteigert wird. Die Einnahmen der genannten Städte sinken und die Ausgaben steigen ständig.

Die drei genannten badischen Städte Durlach, Bruchsal und Weinheim bitten deshalb den hohen Reichsrat, seinen maßgebenden Einfluß bei der Reichsregierung und dem Reichstag dahin geltend zu machen, daß

- zur Milderung der gemeindlichen Finanznot vor allem ein weitgehender interkommunaler Einnahmenausgleich zugunsten leistungsschwacher Gemeinden aus Mitteln der Einkommens-, Körperschafts- und Umlagesteuer sowie ein ausreichender Lastenausgleich auf dem Gebiete der Polizei und Schule geschaffen wird;
- in der Zwischenzeit den unter der Erwerbslosigkeit besonders wirtschaftlich bedrängten badischen industriellen Mittelstädten für die Zeit ihres besonderen Notstandes entweder Reichsdarlehen zu verbilligtem Zinsfuß gegeben, oder ein wesentlicher Zuschuß für den Fürsorgeaufwand aus Reichsmitteln gewährt wird.

Kurze Einzeldarstellungen über die Notlage der drei Städte Durlach, Bruchsal und Weinheim lassen wir anschließend an die allgemeinen Ausführungen folgen.

### Für die Stadträte der Städte

Durlach	Bruchsal	Weinheim
Joelzer.	Dr. Meister.	Huegel.

### Die Wünsche der Stadt Durlach.

Die Stadt Durlach zählt 18 650 Seelen und ist als reine Industrieort anzusehen. Sie hat eine Flächengröße von 3142 Hektar und liegt 5 Kilometer von der Landeshauptstadt Karlsruhe entfernt, die eine Einwohnerzahl von rund 150 000 und eine Flächengröße von 4583 Hektar hat. Durlach ist Knotenpunkt mehrerer Eisenbahnlinien (Heidelberg, Forstheim, Heilbronn) hat Amtsgericht, Notariat, Postamt, Finanzamt, Gymnasium, Mädchenbürgerschule, höhere Handelsschule, Handelsschule und Gewerbeschule. Am Platze ist Maschinen-Industrie dominierend. Es kommen folgende Firmen in Betracht:

- |   |      |
|---|------|
| 1. Gröhner, Nähmaschinen- und Fahrradbau, Arbeiter und Beamte z. Zt.            | 2100 |
| 2. Badische Maschinenfabrik und Eisengießerei vorm. Sebald, Arbeiter und Beamte | 874  |

Industrie Badens ist nach der Beschäftigungszahl die zweitgrößte des Landes. 1928 waren in dieser Industrie in Baden arbeitslos 11 000 Arbeiter und Arbeiterinnen. Ebenso gestaltet sich die Lage der badischen Textilindustrie, in der 40 000 Arbeiter beschäftigt sind. Die durchschnittliche normale Produktionsmöglichkeit konnte in den letzten Jahren infolge Auftragsmangel nur zu 60 Prozent ausgenutzt werden. Gut 40 Prozent aller Textilarbeiter stehen in Kurzarbeit. Im Altal sind über 500 Arbeiter schon länger als ein Jahr arbeitslos. Die französische Konkurrenz erdrückt unsere badische Textilindustrie. Bei der Neuregelung der Zoll- und Handelsverträge muß mehr Rücksicht auf unser Land genommen werden. Auch die Betriebsstilllegungen bei den Ziegelwerken nehmen zu. Auch hier ist die elass-losbringende Konkurrenz die Hauptursache.

Zum Schluß darf ich noch darauf hinweisen, daß auch eine planmäßige Industrieentwicklung im Reiche möglich ist. Zentralisation der Betriebe nach Mitteldeutschland und Berlin, sowie in einige andere Großstädte zu legen, entbehrt gerade das Grenzland Baden von lebenskräftiger Industrie (z. B. Chemie). Das Reich sollte das Verantwortungsbewußt der großen Industriezentren zu Gunsten des Grenzlandes stärken. Wir brauchen an der Grenze zufriedene, selbstbewußte, nationalgefinte Menschen.

3. Ritter A.-G., zahnärztliche Apparate, Arbeiter und Beamte	700
4. Lederfabrik Hermann u. Ettlinger, Arbeiter und Beamte	250
5. G. Genßow u. Co., Munition, Arbeiter und Beamte	120
6. Hauptausbesserungswerk der Reichsbahn, zusammen	600

Die Firma Gröhner hat ihre Arbeiterzahl von 3500 im Jahre 1913 auf 2000 im Jahre 1927 herabgesetzt. Der Geschäftsgang im Nähmaschinen- und Fahrradbau ist schlecht und neue Entlassungen von Arbeitern sind zu bejahren.

Die Firma Badische Maschinenfabrik hat die Zahl der Arbeiter und Beamten von 1148 im Jahre 1924 bis heute auf 870 herabgesetzt. Der Geschäftsgang ist schleppend.

Die Firma Ritter A.-G. ist in ihrer Arbeiterzahl konstant geblieben. Der Geschäftsgang ist z. Zt. noch befriedigend.

Die Lederfabrik Firma Hermann u. Ettlinger hat die Zahl ihrer Beschäftigten von 894 im Jahre 1924 dauernd reduziert und beträgt diese z. Zt. 250. Der Geschäftsgang ist äußerst schlecht, die Exportmöglichkeit ist fast zurückgegangen.

Die Firma G. Genßow u. Co. hat ihre Beschäftigtenzahl von 340 im Jahre 1925 auf 120 reduziert. Das Werk am Platze ist gänzlich stillgelegt und die Produktion von Jagdmunition in einem der anderweitigen Betriebe mitübernommen worden.

Die Zahl der Erwerbslosen in der Stadt Durlach betrug in den Jahren 1925 bis 1928 durchschnittlich 700; sie ist 1929 auf 1008 gestiegen und dürfte im Winter 1929 voraussichtlich auf 1300 ansteigen.

Der Fürsorgeaufwand der Stadt Durlach steigt von Jahr zu Jahr; er erforderte an städtischen Zuschüssen im Jahre:

1926/27	207 840 RM.
1927/28	340 730 RM.
1928/29	369 048 RM.
1929/30 vorausj.	420 000 RM. sowie 140 000 RM.

an Löhnen aus außerordentlichen Mitteln für die Beschäftigung von Fürsorgearbeitern.

Auf den Kopf der Bevölkerung beträgt der derzeitige Nettofürsorgeaufwand 28,60 RM.

Die Steigerung liegt in der Zahl der ausgesteuerten Erwerbslosen begründet, sie beträgt z. Zt. 387 am Platze.

Für Notstandsarbeiten wurden seit dem Jahre 1924 seitens der Stadt Durlach zirka 1 1/2 Millionen RM. aufgewendet.

Laut Beilage zum Reichsarbeitsmarkt-Anzeiger Nr. 33 vom 13. August 1929 war der Reichsdurchschnitt von Erwerbslosen als Hauptunterstützungsempfänger (Mu) auf 1000 Einwohner entfallende 5,1 v. H. bei den Kriegunterstützungsempfängern in gleicher Berechnung 5,7. In Durlach beträgt der Prozentfuß auf gleicher rechnerischer Grundlage 27,6 bei den Empfängern für Mu und 12,2 bei den Empfängern für Krn.

Unter den vier Landes-Arbeitsämtern Ostpreußen, Niederrhein, Bayern und Südwestdeutschland steht Durlach im Südwestdeutschland an der Spitze der Arbeitslosigkeit. In Südwestdeutschland steht Durlach an zweiter Stelle der Erwerbslosenziffer. An ausgesteuerten Erwerbslosen zählt Durlach 387 und steht damit im Vergleich zur Einwohnerzahl zweifellos wiederum an der Spitze der Erwerbslosigkeit. Diese Ziffern sprechen für sich selbst und von der Not der Stadt Durlach.

Die Betriebsvermögens-Summe der drei Städte beträgt

30 Millionen RM. in 1914
und 33 Millionen RM. in 1918

zurückgegangen auf 15 Millionen RM. in 1929

Neben der Maschinen-Industrie steigt das Baugewerbe und das gesamte Geschäftsleben auf Schweres darnieder. Die Aufhebung der Garnison hat auch ihr Teil dazu beigetragen.

Ueber die Wünsche der Städte Bruchsal und Weinheim, die in der angeführten Denkschrift niedergelegt sind, werden wir noch berichten.

### Geschäftliche Mitteilungen.

Gefundenes Blut im Körper bringt Wohlbedenken, sind die roten Blutkörperchen in der Minderzahl, so stellen sich allerlei Beschwerden ein wie Kopfschmerzen, Verdauungsstörungen, blaßes Aussehen, Unlust zur Arbeit usw. Weizen, ein sehr angenehmes schmeckendes Präparat, heißt die Baktin. In hohem Maße blutbildend zu wirken, es trägt dazu bei, den Körper, gibt ihm ein frisches, gesundes Aussehen, befreit die roten Blutkörperchen und macht die Betroffenen froh und aufreiter. Zu haben in Apotheken und Drogerien.

Reispöttele Mittagessen haben schon manchen Chaschik verursacht. Und doch sollte es gewöhnlich nicht an guten Willen der Hausfrau oder aber die wurde einfach nicht fertig. Es kommt im Haushalt eben alles darauf an, die Arbeit richtig einzuteilen und geschickt auszuführen. Der gerade darüber kann die Hausfrau aus den köstlichen Reispöttele-Sunlight-Gesellschaft in Mannheim eine Hilfe an der Hand bekommen. Drei Kurler zu je 12 Stücken behandeln den Chaschik, das Schöpfen, die Geländebereitstellung; sie werden an alle Verbräuterinnen von Sunlight-Beile, Vix-Beile, Kurler oder Sunlight-Beile folgen lassen. Der Lehrsache haben illustrierte Anhalt dieser Beile hat ihnen einen großen, dankbaren Preis erwonnen. Es lohnt sich, den Preispekt kommen zu lassen.

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 25. September 1929.

Karlsruher Bezirksratsitzung.

Die am Dienstag unter Vorsitz von Polizeidirektor Hauser in Vertretung des beurlaubten Landrats Dr. Baur abgehaltene Sitzung beschäftigte sich zunächst mit einigen Klagen gegen die Stadt Karlsruhe wegen Veranlagung zur Wertzuwachssteuer, ferner mit mehreren Klagen von Bezirksratgebern gegen andere, für-orgekosten betreffend. Den Klagen wurde teils stattgegeben, teils wurden sie abgelehnt.

An Verwaltungssachen lagen eine große Anzahl Konzeptionsgesuche vor, und zwar: das Gesuch des Adolf Schäfer in Karlsruhe-Rintheim für die Schankwirtschaft mit Branntweinschank zum Erbprinze, Hauptstr. 66; des Otto Luz in Karlsruhe zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank im Bade-Restaurant auf Rappenhörs; der Frau Scholastica Martin, geb. Kögel, zum Weigen Rudud, Marie-Alexandrastraße 15 (Beiertheim); des Johann Bürger in Karlsruhe zum Betrieb der Schankwirtschaft zum Hirsch mit Branntweinschank im Hause Kastatterstraße 19 (Rüppurr); des Julius Zieger in Karlsruhe, Sofienstraße 4, zum Betrieb der Gastwirtschaft zum Gut Schöned auf dem Lurnberg in Durlach; des Robert Leppert, Feyerbachstr. 1 (Daxlanden), für die Realgastwirtschaft zum Lamm daselbst; der Hermann Schenkel Eheleute in Etilingen zum Betrieb der Gastwirtschaft zur Krone in Kleinfeldbach; des Karl Fischer um Umwandlung der Schankwirtschaftskonzeption in eine solche für Gastwirtschaftsbetrieb in seinem Anwesen Kastatterstr. 34 (Rüppurr); der Eheleute Martin Kraut in Beiertheim zur Verlegung der Konzeption von der Wirtschaft zum Badischen Hof nach der Wirtschaft zum Schilddürger, Baumeisterstr. 14/16; des Leopold Frank in Karlsruhe zur Verlegung seiner Wirtschaftskonzeption von dem Hause Womadanlage 19 (Kaffe Kowad) nach dem Hofen Juppelin, Poststraße 32; der Frau Bertha Feisch in Karlsruhe, Volkartsweierstraße 5, zum Verkauf von alkoholfreien Getränken in dem Verkaufshaus am alten Bahnhof; der Frau Sofia Klein zum Ansuchen um Pfandbesitz und Kaftee in dem Verkaufshaus bei der Firma Junfer u. Ruh; des Franz Kleiber in Durlach um Erweiterung der Konzeption seiner Gartenwirtschaft auf dem Thosmoshof auf ein Verkaufszimmer seines Hauses; des Gutsäckers Heinrich Lamprecht in Magau zur Erweiterung seiner Sommerwirtschaft mit Branntweinschank auf dem Hofgut Magau; des Hans Rißel um die Erlaubnis zum Kleinhandel mit Branntwein und Spirituosen in seinem Delikatessengeschäft Kaiserstr. 150 hier. Alle diese Gesuche fanden die Zustimmung des Bezirksrats. Abgelehnt wurde das Gesuch des Theodor Ruf junior zur Verlegung seiner Schankwirtschaftskonzeption Kronenstr. 44 nach seinem Anwesen Etilingerstr. 29 und zum Betrieb einer Gastwirtschaft daselbst. Weiter wurde abgelehnt das Gesuch des Wilhelm Meier in Karlsruhe zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank zum Goldenen Krans, Adlerstr. 38.

Genehmigt wurde das Gesuch des Meisters Adolf Riefer in Rnielingen zur Errichtung und zum Betrieb einer Schlachtküche auf dem Anwesen Hauptstraße 76 daselbst, ebenso eines des Meisters Wilhelm Schnitzer in Teutschneureut für eine Schlachtküche auf dem Anwesen Bahnhofstr. 43 daselbst. Das Gesuch des Gottfried Hertze in Söllingen zur Errichtung einer Dms-Fischmüllerkücheneinrichtung zur Reinigung der häuslichen Abwässer im Haushalt derselben in die Pfing fand ebenfalls die Billigung des Kollegiums.

Der geplante Ortschaftsantrag in Teutschneureut wurde gutachtlich geurteilt, ebenso den Gemeindevoranschlägen von Gröhlingen, Grünwetterbach, Wöschbach und Liedolsheim. Das gleiche geschah gegenüber einem Beschlusse des Bürgerausschusses Graben betr. Vornahme eines außerordentlichen Haushalts. Weiter wurde der geplante bezirkspolitische Vorbericht über Bekämpfung der Spargelschädlinge die Zustimmung erteilt.

Wo bleibt die Polizei? Der Polizeibericht schreibt: Vertriebenlich stehen sich in letzter Zeit wieder Stimmen aus dem Publikum vernehmen, welche die angebliche Passivität der Polizei gegenüber den lärmenden und rauchenden Kraftfahrzeugen kritisch hervorheben. Folgender Auszug aus der bei der Polizeidirektion geführten Statistik mag beweisen, daß dieser Kritik jede Berechtigung fehlt. In der Zeit vom 15. August bis 15. September 1929, also im Verlauf von 4 Wochen wurden von der uniformierten Polizei in Karlsruhe 175 Führer von Kraftfahrzeugen, und zwar in der Hauptsache Motorradfahrer, allein wegen Knatterns oder belästigenden Qualmens angezeigt bzw. gebührenpflichtig verurteilt. Wenn also die Polizei ihre Statistik nicht laufend bekannt gibt, so darf daraus nicht gefolgert werden, daß sie untätig bleibt.

Kennzeichnung vorbeistellter Plätze in D-Zugwagen. Seit einiger Zeit werden die vorbeistellten Plätze in den D-Zugwagen nicht nur am Nummernschild der Abteiltür, sondern darüber hinaus noch durch einen Zettel gekennzeichnet, der am Gepäckregal über dem reservierten Platz angebracht wird und die Aufschrift Reserviert für einen Reisenden mit Platzkarte trägt. Die Reichsbahn hat jetzt das Zupersonal angewiesen, daß diese Zettel lediglich nach der Prüfung der Fahrkarten während der Fahrt wieder abgenommen werden, um eine Freiführung anderer Reisenden beim Freiwerden eines reservierten Platzes zu vermeiden. Bei dieser Gelegenheit sei besonders darauf hingewiesen, daß auch der Reisende mit Platzkarte beim Verlassen des Sitzplatzes zur Einnahme von Maßhalten usw. seinen Platz mit Gegenständen (z. B. Hut oder Mantel, nicht Zeitung!) belegen muß, um sich den Anspruch auf diesen Platz während der ganzen Fahrt zu sichern.

Ausgang der Beschäftigung. Der Arbeitsmarkt in Südbadensland wies vom 12.—18. September einen weiteren Rückgang der Beschäftigung auf. Beachtung verdienen aber die anhaltende Festigung in der Schmuckwarenindustrie und die allmähliche weitere Steigerung der Vermittlungsziffer für weibliche Arbeitskräfte. Baden hatte am 18. September 29 028 Arbeitslose gegen 28 969 am 11. September.

Wem gehört die Wohnung nach der Scheidung? In dieser oft praktisch werden und sehr umstrittenen Frage ist eine bemerkenswerte Entscheidung des Landgerichts I in Berlin ergangen. Das Landgericht hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß, wenn ein Mietvertrag von beiden Eheleuten unterschrieben ist, die Wohnung an beide Eheleute als Gesamtschuldner vermielt worden ist. Die Auffassung, daß nur der Ehemann Mieter geworden ist, daß dagegen für die Ehefrau kein selbständiges Mietrecht entstehen sollte, ist unzutreffend. Es ist auch unerheblich, ob die Ehefrau jemals vom Vermieter wegen des Mietzinses tatsächlich selbst in Anspruch genommen worden ist. Jedenfalls besteht hierzu auf Grund des Mietvertrages die Möglichkeit. Ebenso besteht die Möglichkeit einer Geltendmachung des Vermieterpandredites an den eingebrachten Sachen, auch soweit sie ihr gehören. Den Verpflichtungen der Ehefrau aus dem Mietvertrage steht ein subalternes Mietrecht gegenüber. Da niemals von vornherein abzusehen ist, ob der Ehemann allein die Lasten der Wohnung tragen wird, erscheint es nicht angezogen, die Ehefrau nur nach außen hin als Mieterin anzusehen, ihr aber im Innenverhältnis zu dem regelmäßig für die Miete aufkommenden Ehemann, wie oft geschieht, nur die Stellung einer Art Treuhänderin des Mannes anzuerkennen. Auf Grund dessen hat das Landgericht auch der Ehefrau nach Scheidung der Ehe einen Anspruch auf die Wohnung zugesprochen. In dem ihm zur Entscheidung vorliegenden Falle hat es die dementsprechende Klage der Ehefrau jedoch deswegen abgewiesen, weil der Ehemann von seinem Rechte, die Aufhebung der Gemeinschaft zu verlangen, Gebrauch gemacht und die Ehefrau sich diesem Antrag angeschlossen hat. Das Landgericht verurteilt hat die Wohnung daher dem Ehemann unter der Bedingung zugesprochen, daß er der Ehefrau eine vom Gericht festgesetzte Entschädigung zwecks Beschaffung einer eigenen kleinen Wohnung zahlt. Dieser Weg erscheint auch für ähnliche Fälle zweckmäßig. (Kfz. 328/28).

Rappenhörs wird ausgebaut.

Eine Debatte im Karlsruher Bürgerausschuß. — Ausbau der Straßenbahnlinie und Vermehrung der Auskleidegelegenheiten vorgesehen.

Der Karlsruher Bürgerausschuß ist am Dienstag zum ersten Male nach den Sommermonaten zu einer Sitzung zusammengetreten, in welcher sich aus Anlaß der vom Stadtrat geplanten Vergrößerung des Nichtschwimmerbades im Strandbad Rappenhörs eine interessante Rappenhörs-Debatte entspann. Von allen Seiten des Hauses konnte Bürgermeister Schneider der Lob und Anerkennung für das Zustandekommen dieses großzügigen Projektes entgegennehmen, dessen dringende Notwendigkeit der starke Besuch in den Sommermonaten wohl am besten dokumentiert hat. Auf allen Seiten des Hauses war man der Ansicht, daß Rappenhörs auch weiterhin ausgebaut werden sollte, um noch bestehende Mängel zu beseitigen. Vor allem zwei Punkte wurden in der Debatte als besonders notwendig bezeichnet: Der Ausbau der Straßenbahn nach Rappenhörs und die Vermehrung der Auskleideplätze. Bürgermeister Schneider betonte in seinen Ausführungen, daß die Lösung dieser beiden Fragen vom Stadtrat augenblicklich eingehend untersucht würden, sodann man mit einer befriedigenden Erledigung für das kommende Frühjahr rechnen könne. Manche Wünsche und Anregungen, die mehr oder weniger berechtigt sind, wurden in dieser Rappenhörs-Debatte zur Sprache gebracht. Die beantragte Summe für die Vergrößerung des Strandes des Nichtschwimmerbades und die Begründung der Strandfläche wurde einstimmig genehmigt. Damit gab der Bürgerausschuß zu erkennen, daß er sich einstimmig hinter den Ausbau von Rappenhörs stelle.

Von den übrigen Punkten der Tagesordnung, die in der Hauptsache Grundstücksverkäufe und -Ankäufe betrafen, verdient noch die städtische Vorlage über den Teilsausbau der Eckenbrücke im Stadtteil Grünwinkel über die Alb besondere Erwähnung. Die Herstellung der Brücke macht eine kleine Überlegung und die Herstellung der beiderseits anschließenden Straßenseiten notwendig. Der Bürgerausschuß genehmigte auch diesen Antrag für die Inangriffnahme der Eckenbrücke, die einmal für die Nord-Süd-Durchquerung der Stadt aus Richtung Neureut auf Durmersheim große Bedeutung erhalten wird.

Sitzungsbericht.

Der Karlsruher Bürgerausschuß trat am Dienstag nachmittag wiederum zu wichtigen Beratungen zusammen. An erster Stelle der Tagesordnung stand die Vorlage betr.

Vergrößerung des Nichtschwimmerbades im Karlsruher Rappenhörs.

Hierzu nahm zunächst der Stadtverordnetenvorstand Rothweiler das Wort. Er stellte in einem kurzen Rückblick auf die Geschichte Rappenhörs fest, daß die Wiesmauer keineswegs Recht behalten haben und ein gelunder Optimismus wohl berechtigt war. Die Besucherzahl hat bereits 200 000 überschritten und auch die Einnahmen haben Schritt gehalten mit dem, was erwartet wurde. Die Erweiterung des Bades für Nichtschwimmer, die wohl das größte Kontingent der Badegäste stellen, hat sich als notwendig erwiesen, weshalb der Stadtverordnetenvorstand die Annahme der Vorlage empfiehlt. Um die Badegelegenheit der Kinder zu fördern, sollte die Verwaltung die Errichtung eines Planschwimmerbades erwägen. Eines Ausbaues bedürfen ferner die Garberobenerhältnisse, die sich als unerträglich herausgestellt haben. Ein weiterer Wunsch betrifft die Straßenbahnverbindung. Man muß sich wundern, daß es möglich war, daß die Straßenbahn in der ihr zur Verfügung stehenden kurzen Zeit den Anforderungen genügen konnte, zumal wir noch den eingeleisteten Betrieb haben. Die Abbeförderung sollte in Zukunft etwas planmäßiger gehen, etwa durch eine Schranke, wie man sie bei dem großen Stadion in Frankfurt findet. In Frage käme schließlich der zweigleisige Ausbau und die Fortsetzung der Küßlen-Krug-Linie als Zubringerbahn. Inbezug auf die Rentabilität glaubt der Redner, man dürfe da nicht allzulangsam sein. Er schloß mit dem Wunsch, daß die Verbesserungen dazu dienen mögen, die Freude und Begeisterung am Strandbad Rappenhörs zu heben.

Bürgermeister Schneider führte aus, man sei überrascht von der großen Zahl der Familien und Nichtschwimmer, die Rappenhörs besuchen. Einen Strand aus Sand und Kies zieht der Redner aus dem Betont und Holz entschieden vor. Die Hochwassergefahr besteht seines Erachtens nicht. Man werde auch ohne Planschwimmer für Kinder auskommen. Hinsichtlich der Garberoberverhältnisse sei mit größter Zurückhaltung geübt worden; man mußte zuerst einmal praktische Erfahrungen sammeln. Was sich als notwendig erweist, soll geschehen.

Aus der Mitte des Kollegiums nahm Johann die Stadt. Hl. Mayer-Klageneck (Zentrum) das Wort. Ihre Fraktion beglückwünscht den Bürgermeister Schneider zu dem ersten Erfolg und sieht in der Vorlage das Bestreben, notwendige Verbesserungen durchzuführen. Die Rednerin erinnerte daran, daß das Zentrum i. Zt. dem Rappenhörs-Projekt unter der Voraussetzung zugestimmt habe, daß für beide Geschlechter getrennte Strandbäder vorgesehen seien. Es hätten sich jetzt Zustände herausgebildet, die man nicht gerade als erfreulich bezeichnen könne. Darunter müsse besonders das weibliche Schamgefühl leiden. Auch scheine ein Teil des Publikums sich ein Vergnügen daraus zu machen, die Vorschriften zu übertreten und den Dienst des Personals außerordentlich zu erschweren. Vielleicht empfiehlt sich eine Vermehrung des Personals. Die Rednerin stellte im Hinblick auf die Ungelegenheit die Frage ob nicht das Baden im freien Rhein verboten werden kann, und schloß mit dem Wunsch, daß das Karlsruher Babelleben ein vorbildliches sein möge.

Stadt. Bauer (Dt. Vpt.) anerkennt, daß mit der Errichtung des Strandbades einem Bedürfnis entsprochen wurde. Aber i. Zt. aus finanziellen Gründen Bedenken hegte, den dürfe man nicht ohne weiteres zu den Bestmisten zählen. Es sei zu begrüßen, daß keine Ueberforderungen vorgekommen sind.

Der Redner äußerte verschiedene Wünsche, so den Ausbau des Sicherheitsdienstes. Er warnte vor übertriebenen Erwartungen inbezug auf die finanziellen Auswirkungen des Badesbetriebes, wie sie in der Bevölkerung zuweilen anzutreffen seien. Jeder sei dem Bade die außergewöhnlich günstige Witterung zugute gekommen. Das Hauptgewicht legt Stadt. Bauer auf den großen volksgesundheitlichen Wert des Unternehmens, auch sieht er darin einen Anziehungspunkt für die Fremden. Gleichwohl müsse dem großen Publikum klar gemacht werden, in welcher wirtschaftlichen Lage wir uns befinden, und daß es unmöglich ist, auf alle Forderungen und Wünsche einzugehen.

Bürgermeister Schneider trat gewissen Bedenken in technischer Beziehung entgegen. Die Ingenieure unseres Tiefbauamtes verdienen volles Vertrauen. Der Sicherheitsdienst, so wie ihn der Badedirektor organisiert hat, habe trefflich funktioniert. Der Redner ist hinsichtlich der Finanzen gleichfalls der Meinung, daß man hier nicht denken muß. Das Publikum habe bei den Kosten entschieden übertrieben, überbreite bei den Einnahmen und spreche nun von übertriebenen Gewinnen. Wir wollen keine Gewinne, das Bad ist dazu nicht da. Der Vorschlag sieht in Einnahmen 85 700 Mark, in Ausgaben 76 000 Mark vor, also einen Zufluß von 9 700 Mark. Wir werden dieses Jahr den Voranschlag erfüllen. Man darf dabei nicht vergessen, daß der Kapitaldienst 39 950 Mark beansprucht. Auch bezüglich der Erweiterung der Straßenbahnlinie müssen wir Vorzicht walten lassen.

Stadt. Beetz (Soz.) äußerte für seine Fraktion die Freude über das Gelingen des Projekts, durch das die Stadt gewonnen habe. Das Strandbad Rappenhörs könne sich sehen lassen. Es sei das erste in Südbadensland und am Rhein. Da es zu einem Volksbade werden soll, dürfe man in den Eintrittspreisen nicht zu weit gehen. Für die Beamten und Arbeiter der Stadt sei im Sommer die durchgehende Arbeitszeit erwünscht, damit auch sie die Wohlthat von Rap-

penhörs genießen können. An einer völligen Abtrennung des Kinder-Schwimmbades werde man nicht vorbeikommen. Die Leistungen der Straßenbahn verdienen Dank und Anerkennung. Zur Frage der Moral meinte der Redner, daß diese durch gemeinsames Baden und Spielen gehoben werde.

Stadt. Schwarz (Wirtsch. Bgg.) wiederholte die ersten Bedenken, die seine Fraktion schon i. Zt. gegen Rappenhörs vorgebracht hat und die sie mit der wirtschaftlichen Lage der Stadt begründet. Stadtrat Bauer (Komm.) stimmte den angeforderten 130 000 Mark zu, ebenso die Stadt. Frau Lejter von der Aufwertungs-

partei. Stadt. Braun (Dem.) stellte fest, daß sich Bürgermeister Schneider mit Rappenhörs ein unvergängliches Verdienst erworben hat. Es müsse alles getan werden, um das Strandbad zu einem allgemein benutzten zu machen. Er sieht im Rheinstrand einen bedeutenden Faktor für die Entwicklung der Stadt Karlsruhe. Ein Familienbad, wie wir es jetzt haben, stehe moralisch tausendmal höher, als die wilde Baderei, wie wir sie früher am Rhein erleben. Ungeordneten Zuständen wird man schon zu begegnen wissen. Nach einer Auseinandersetzung des Stadtrats Löpper (Soz.) und des Stadt. Schwarz (Wirtsch. Bgg.) über das Umlageaufkommen wurde zur Abstimmung geschritten. Die über große Mehrheit stimmte für die Vorlage zu.

Ohne wesentliche Ausprüche genehmigte das Haus folgende Punkte:

Bau einer Brücke über die Alb im Zuge der Eckenstraße. Erwerb des Ostteils der Gottesauer Kaserne; Straßenkostenentwurf; Grundstücksveräußerungen gemäß Gemeindefestbeschl. vom 4. Juni 1926; Erwerb von Straßengelände und Geländetausch und Grundstücksveräußerungen auf Gemarkung Istein.

Lehstatter wurde es wieder bei Beratung der Vereinbarung mit dem Mutterhause der Schwestern des Badischen Frauenvereins

wegen Dienstleistung und Unterbringung von Schwesternschülerinnen.

Stadt. Wisinger (Komm.) opponierte dagegen mit dem Argument, der Bad. Frauenverein sei eine politische, wie er meint, deutschnationale Organisation.

Stadt. Frau Stark (Soz.) meinte, daß der fortschrittlich gestimmte Teil der Mädchen die Pflegeschule des Roten Kreuzes nicht besuchen könne, deren Bestimmungen entsprächen nicht mehr den Anschauungen der heutigen Zeit. Nur unter der Voraussetzung einer Änderung der Satzungen könne die sozial. Fraktion der Vereinbarung zustimmen.

Stadt. Siegrist (Aufwertungs-) trat als Vorsitzender des Aufsichtsrates des Mutterhauses den Einwürfen der Vorredner entgegen. Daß der Bad. Frauenverein von der Großherzogin Louise gegründet wurde, sei ein Verdienst dieser hohen Frau, das ihr nicht geschmälert werden könne, weil sie eine Fürstin war. Der Bad. Frauenverein fuße wie das Rote Kreuz auf strikter politischer und konfessioneller Neutralität und sei beileibe keine monarchistische Institution. Der Präsident werde vom Staatspräsidenten auf Vorschlag des Innenministers ernannt. (Hört, hört und große Heiterkeit.) Die gegenwärtige Vorlage entspreche dem bestehenden Vertrag und sei durchaus berechtigt. So einfach lägen die Dinge nicht, als daß man sie mit Vorwürfen gegen die Kleiderordnungen und den Lehrplan abtun könnte. Die Schwestern haben eben ihre feste Tracht. Man habe im übrigen allen Anlaß, den Schwestern und dem Mutterhause zu danken, was sie seit 70 Jahren für die Kranken unserer Stadt getan haben. (Beifall.)

Oberbürgermeister Dr. Finter stellte auch seinerseits fest, daß es ein Festschlus wäre, dem Bad. Frauenverein eine politische Nebenabsicht unterzuschreiben.

Stadt. Wilsch (Bürgerl. Bgg.) wies unter dem Beifall der Mehrheit die Angriffe der Kommunisten gegen den Bad. Frauenverein entschieden zurück, dessen segensreiche Tätigkeit getreu der Devise der hohen Protektorin allgemein anerkannt werde.

Stadt. Wild (Zent.) unterstrich, daß eine wirksame Ausbildung in der Krankenpflege nur auf festiger Grundlage möglich sei. Mädchen, die sich den Bedingungen der Pflegeschule nicht unterwerfen wollten, hätten auch sonst Gelegenheit, sich in der Krankenpflege zu unterrichten. Den Gedankengängen der Frau Stark kann der Redner nicht folgen. Nach weiteren Ausführungen der Stadt. Wisinger und Frau Stark erklärte Erster Bürgermeister Bauer, daß er nicht den Eindruck hatte, als ob die beiden Vorredner die Tätigkeit der Schwestern herabzusetzen suchten. Die Direktion unseres Krankenhauses habe auch gar keine Ursache, mit dem Mutterhause des Bad. Frauenvereins geklifferten Schwestern unzufrieden zu sein. Im Gegenteil, ihre Tätigkeit werde auch von der Stadtverwaltung in vollem Umfange anerkannt. (Lebhafte Zustimmung.) Die Vorlage wurde darauf mit Mehrheit angenommen.

Es folgt Punkt 9 der Tagesordnung — Satzungen für die Mädchenrealschulen. — Hierzu machte Stadt. Prof. Kohlsch (Soz.) einige Ausführungen grundsätzlicher Art. Die Vorlage fand Zustimmung.

Den Punkt 10 Grundstücksveräußerungen der Sparkasse

begleiteten die Stadt. Dr. Kullmann (Soz.) und Oberbürgermeister Dr. Siegrist (Aufwertung) mit Darlegungen über die Rechtsvorlage.

Bürgermeister Dr. Kleinschmidt glaubt, daß im praktischen Interesse die Sparkassen gemeinsam versuchen sollten, mit der Vollmacht durchzukommen. Nach kurzen Bemerkungen des Oberbürgermeisters Dr. Finter im gleichen Sinne, wurde der Vorlage zugestimmt.

Schließlich — es war 1/8 Uhr abends — kam die Vorlage über den Erwerb von Grundstücken der Berlin-Karlsruher Industriewerke A.G.

zum Austruf. Oberbürgermeister Dr. Finter vertrat die Auffassung, daß dieser Punkt zweckmäßigerweise in nicht öffentlicher Sitzung behandelt werde.

Stadt. Kiedinger jr. (Komm.) erklärte sich gegen geheime Beratung, die dann mit Mehrheit beschlossen wurde.

Die Kommunisten verließen zum Zeichen des Protestes den Saal.

Karlsruher Schöffengericht.

Karlsruhe, 24. Sept. Wegen Sittlichkeitsverbrechens, begangen in drei Fällen, sowie wegen fälschlicher Weidung erhielt der 56-jährige verheiratete Arbeiter Karl Martin aus Mörsch insgesamt 1 Jahr sieben Monate Gefängnis, sowie vier Jahre Ehrverlust. — Derselben Verbrechens hatte sich der 26 Jahre alte Bauarbeiter Hermann Ulrich aus Teutschneureut schuldig gemacht, es wurde gegen ihn auf ein halbes Jahr Gefängnis erkannt; die gleiche Strafe erhielt der 70 Jahre alte, unbescholtene Schweizer Karl Wolff aus Durlach, der sich an einem achtjährigen Mädchen vergangen hatte.

Voranzeigen der Veranfallter.

Rechter Familien-Vortrag. Heute, Mittwoch, den 25. Sept. 1929, 6 Uhr abends, im Saal des Saalbauvereins Karlsruhe, im Saalbauverein, werden überaus erfolgreiche Vorträge mit einem Erwerbungs-Vortrag über das „Wunder von Sonnenreuth“. Der Vortrager legt Wert darauf zu betonen, daß er in seinen Ausführungen die reinen Empfindungen seiner Zuhörer keinesfalls verleben wird, da er sogar selber den kräftigen Standpunkt einnimmt. Der Vortrag findet nicht wie früher angesetzt wurde im Kaiserhofsaal statt, sondern im Saalbauverein (Kaffe-Bayer). Heute abend ist Sonderkonzert der verstorbenen Hauskapelle. Solist ist Karl Anze, der Max Meiers Klavier-Sonate D-dur vorträgt. (Siehe die Anzeiger.)





